

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene, Pettizeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 48

Sonntag, den 1. Dezember

1912

Der Reichstag.

Die Verfassungszeit des Reichstages ist abgelaufen, am 20. November ist der Reichstag wieder zusammengetreten. Es ist unverantwortlich, das Parlament zu einem so späten Termin des Jahres erst zusammenzubekommen. Ohne die unerledigten Gesetzentwürfe, die seit Beginn der Vertagung liegen geblieben sind, liegen noch eine große Anzahl wichtiger Initiativanträge vor, die zu beraten wären, ehe die Etatsberatung beginnt. Außerdem bringt ja auch die Regierung eine Reihe neuer Gesetzentwürfe ein, wie der jetzt bereits vorliegende Entwurf zur Schaffung eines Petroleummonopols.

Aber es liegt Methode in der Fernhaltung des Reichstages und der zeitlichen Beschränkung seiner Beratungen. Je weniger Zeit der Reichstag beisammen ist, um so weniger ist von ihm die Rede, um so tiefer sinkt seine Bedeutung. Betrachtet doch die Regierung als seine Hauptaufgabe, den Etat durchzusetzen und zu bewilligen. Die übrigen Gesetze stützt sie ebenfalls in ihrem Sinne zu, natürlich unter Berücksichtigung der herrschenden und bestehenden Klassen. Und in der Tat sind die Beratungen wichtiger, einschneidender Gesetze in der Regel ungenügend. In der Hast geht eine gründliche Erörterung meist verloren. Man denke hierbei nur an die Angestellten-Versicherung, die eines der verschrobensten, mehr Last als Hilfe bringenden Gesetze ist. Ein auf die Wahlen berechnetes Teuerungsgesetz, das obendrein einen Keil in die ganze Versicherungsgelegenheit macht!

So ist auch von der wieder begonnenen Session nicht viel zu erwarten. Beginn doch bereits mit dem Entwurf über das Petroleummonopol die alte Täuschung, als ob durch die Einkünfte des Monopols eine Wohlthat am Volke geübt werden sollte: es wird nämlich die Unterstützung der Veteranen aus den Monopolverträgen in Aussicht gestellt. Das ist der alte Trick, den Bismarck schon 1882 bei der Vorlage des Tabakmonopols versuchte, dessen Erträge angeblich für die Arbeiterversicherung Verwendung finden sollten. Mit solchen Lockungen beabsichtigt man, die Masse zu täuschen, damit die Schaffung neuer Einnahmequellen für das Reich leichter vor sich gehe. Denn eine neue Einnahmequelle soll das Petroleummonopol der Regierung erschließen.

Lebhaft werden freilich die Beratungen gleich beim Beginn der Reichstagsarbeit einsetzen. Die Teuerung und die Kriegsgefahr werden durch Interpellationen sofort in den Vordergrund gestellt. Besonders die Scheinmanöver der Regierung, durch unwirksame Maßnahmen die Teuerung hinzuziehen, gleichwohl den Anschein zu erwecken, als ob sie ernstlich an Abhilfe gedacht habe, werden scharfe Zusammenstöße zwischen der Regierung und den Agrariern auf der einen Seite und der Sozialdemokratie ujm. auf der anderen Seite zur Folge haben. Zwar geben wir uns gar keinem Zweifel hin, daß dabei nichts oder nicht viel herauskommen wird, weil die Agrarier unter den Nationalliberalen sich ebenfalls gegen gründliche Maßnahmen — wie z. B. Beseitigung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, Aufhebung der Zölle auf Vieh und Fleisch — aussprechen werden.

Indes, gerade das muß festgestellt werden, daß auch die Nationalliberalen neben dem Zentrum und den Konservativen für des Volkes Not kein Gehör haben. Und diese Feststellung ist nach der neugeordneten Geschäftsordnung über Interpellationen bei dieser Gelegenheit möglich. Es werden sicher Anträge an die Interpellationen sich anknüpfen, die den Reichstag veranlassen, auszusprechen, ob er mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden ist oder nicht. Die Parteien müssen also Farbe bekennen. Käme wirklich ein Veto zustande, das der Regierung ein Vertrauensvotum in der zarten Form, wie es die Geschäftsordnung zuläßt, ausgestellt würde, nun, dann ist es an ihr, gründlichere Maßnahmen zu treffen, wenn sie neben der Nichtberücksichtigung der Volksforderungen nicht auch noch den Reichstag brüskieren will. Jedenfalls halten aber die Agrarier den Daumen fest auf den Knopf der Reichsgesetzgebung, um das Volk weiterhin nach Belieben ausplündern zu können.

Ob es bürgerliche Parteien wagen, in dieser Session nochmals, wie die Konservativen im Frühjahr, die Forderung nach einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter zu stellen, muß man abwarten. Die Scharfmacher haben zwar die Regierung dauernd angefeindet, einen entsprechenden Entwurf dem Reichstag vorzulegen. Aber die politische und wirtschaftliche Lage ist einem derartigen vollen Unternehmen nicht günstig. Geschehe es, dann müßten sich die Kämpfe im Reichstage aufs Äußerste zuspitzen. Die sozialdemokratische Fraktion als stärkste aller Fraktionen würde hierbei zweifellos eine bisher kaum geahnte parlamentarische Tätigkeit entwickeln zur Verhinderung solch schändlichen Planes, die der Regierung die größten Schwierigkeiten bereiten müßte.

Aber es scheint, als ob selbst unter den Scharfmachern Zweifel an der Wirksamkeit eines Ausnahmegesetzes auftauchten. Daher haben sich Preßorgane des Unternehmertums beflissen, zu verlangen, daß auf polizeilichem Wege vorgegangen wird. Durch parteiische Auslegung und Handhabung bestehender Gesetze und polizeilicher Vorschriften gegen streikende Arbeiter soll ein ausnahmegesetzlicher Zustand auch ohne Ausnahmegesetz herbeigeführt werden. Nach diesen Anregungen verfährt jetzt schon oft die Polizei. An manchen Orten, wo die Arbeiter streiken, haßt die Polizei, als der Kriegsbelagerungszustand verhängt worden wäre. Und die Polizei stellt sich so offen in den Dienst des Unternehmertums, als ob das ganz in der Ordnung wäre.

Daß die Autorität und das Ansehen der Behörden durch solches Vorgehen nicht gehoben wird, sondern die Arbeiter zu der Auffassung gelangen müssen, daß Gerichte und Polizei, kurz die ganze Staatsmacht, nur zu ihrer Ausbeutung und Bekämpfung diene, ist klar. Im Reichstag wird sich mehrfach Gelegenheit bieten, so beim Etat des Innern, diese Zustände bloßzulegen. Dabei wird die Regierung Rede und Antwort stehen müssen.

Vor allem wird aber auch diese Session weiter im Zeichen der Bewilligung stehen. Der Etat ist nun in Ausgabe und Einnahme auf über drei Milliarden gestiegen. Naum sind Hunderte von Millionen für den Militarismus bewilligt, da sollen schon wieder 40—50 Millionen für Reformierungen und andere Kleinigkeiten sich nötig machen. Da ist es kein Wunder, wenn die Regierung ihre Zeit mit der Ausfistelung von Monopolplänen verzettelt, weil sie eben auf leichtere Weise neue Mittel für den Militarismus schaffen will. Außerdem spukt noch der Plan einer „Besitzsteuer“ — es wird sich also im Reichstage in der Hauptsache um die alten Dinge drehen.

Neue Steuern, Monopole, mehr Militär, — mein Michel was willst du noch mehr!

Die christlichen Gewerkschaften unter römischem Joch!

Wenn und solange sich die christlichen Gewerkschaften dem neuesten Diktum Roms fügen, ist die christliche Gewerkschaftsfrage für Deutschland entschieden. Uneingeschränktes Lob, systematische Förderung der katholischen Fachabteilungen; notgedrungene Duldung der christlichen Gewerkschaften, strengste Oberaufsicht des Klerus über die christlichen Gewerkschaften, damit sie nichts unternehmen, was dem Willen Roms widerspricht. Das ist in Kürze der Inhalt der bekannten, von den katholischen Gewerkschaftlern provozierten Entscheidung des Papstes.

Als die Pfingstbesuche den katholischen Fachabteilern das vollste Lob des Papstes aussprach, und für die Christlichen nur ernste Ermahnung hatte, schrien die Christlichen: „Der Heilige Vater ist falsch informiert.“ Sie drohten damit, daß ihre Gebuld nunmehr zu Ende sei. Als dann Urbore Heiner mit seiner jesuitischen Interpretation des Telegramms Del auf die Flammen zu gießen bemüht war, wurde dieser Versuch zurückgewiesen. Ditzeljanpräses Dr. Müller verkündete:

„Es muß ein Ende kommen. Und dieses Ende kann nicht die Mahnung sein, es möchten die gegenwärtigen Verfehrungen unterbleiben. . . Mit Mahnungen ist es hier nicht mehr getan. Es muß ein anderes Ende gefunden werden. Und dies kann nur sein, eine gründliche Abschüttelung dieser Art frivoler Verdächtigungen.“

Der Papst hat keinen Einwand der Christlichen beachtet und ist um kein Jota von dem Standpunkt des Pfingsttelegramms abgewichen, allen Bedenken der Berliner Richtung stimmt er zu. Die Fachabteilungen lobt und empfiehlt der Papst rückhaltlos, die christlichen Gewerkschaften duldet er, in Streitfragen haben sich die katholischen Arbeiter an ihre Bischöfe zu wenden und deren Entscheidung soll endgültig sein.

Damit ist den christlichen Gewerkschaften endgültig und unwiderruflich das römische Joch auferlegt. Rom konnte nicht anders, wollte es nicht die Prinzipien verleugnen, die es von jeher auf Arbeiterorganisationen angewendet hat. Arbeiterorganisationen waren für Rom immer nur ein Mittel, um die Arbeiter im Sinne der Kirche zu halten. Den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter trat man erst näher, als die rastlos steigende sozialistische Flut die Kirche dazu zwang. „Nicht wir haben die zur Debatte stehenden Fragen auf die Tagesordnung gesetzt, die sozialistische Bewegung hat uns dazu gezwungen“, sagte der Bischof Forum auf dem internationalen christlich-sozialen Kongreß in Bättich. Nicht nur jede sozialdemokratische, nein, auch jede interkonfessionelle Arbeiterorganisation wurde von dem Klerus bekämpft. Deshalb Verurteilung des Kolentrans-Gassel-

mann-Verbandes 1877, des Saarbrücker Rechtsschutzverbandes 1892, bezöhl ein ultramontaner Gegenverband gegen den Bergarbeiterverband 1890.

Die sozialistische Sozialist von 1890 legte dem Klerus nahe, sich um die Arbeiterorganisation zu kümmern, damit er wenigstens die katholischen Arbeiter an der Strippe behielt. Deshalb machte das Hirten Schreiben des deutschen Episkopats vom 23. August 1890 die soziale Frage zum Gegenstand oberhirtlicher Lehrautorität. Genau so, wie dieses Hirten Schreiben riet: „Man löse den Arbeitern Arbeitsamkeit, Geduld, Genügsamkeit, Sparsamkeit und Bescheidenheit ein“, genau solch eine Genügsamkeitsbrotsuppe war die Enzyklika rerum novarum von 1891. Sie erklärte es für die Aufgabe der öffentlichen Autorität, die Sicherheit des Kapitalbesitzes zu gewährleisten. Von der Kirche zu dulder Arbeiterorganisationen sollten unter christlicher Leitung stehen.

Um diese Zeit begannen die Ultramontanen mit der Gründung katholischer Fachabteilungen. Die Leitfäden für diese Gründungen, von Hitze und Oberdörffer verfaßt, verurteilten diese Gebilde zu wirtschaftlicher Ohnmacht. Der wirtschaftliche Friede sollte gewahrt, in Streitfällen die Meinung der Arbeitgeber gehört, der sozialdemokratischen Organisation sollten die Arbeiter ferngehalten werden. Der Streit als letztes Mittel sollte den Arbeitern nicht verwehrt werden, „aber schon die lokale und konfessionelle Beschränkung der Organisation, wird die Aufnahme und Durchführung eines solchen kaum möglich erscheinen lassen“.

Als die eigenartigen Verhältnisse im Ruhrgebiet zur Gründung des interkonfessionellen Gewerkschaftsverbandes Bergarbeiter geführt hatten, erklärten die Zentrumsklerike das als eine durch die Verhältnisse bedingte Ausnahme. Der Mitbegründer, Kaplan Oberdörffer, trat sogar der andernwärts verfaßten Gründung interkonfessioneller Gewerkschaften mit aller Schärfe entgegen.

Wir glauben nicht schlagzugehen in der Annahme, daß die Leute vom Volkverein, wenn sie heute noch einmal über die Gründung christlicher Gewerkschaften zu entscheiden hätten, den Weg getrennter evangelischer und katholischer Organisationen vorziehen würden. Der Gewerkschaftsverband der christlichen Bergleute wurde zu einer Kampfgewerkschaft, die mit dem alten Verband in Lohn- und Knappheitsfragen zusammenging, mit ihm gemeinsame Kongresse abhielt, mit ihm streifte. Die christlichen Gewerkschaften besprachen 1899 und 1900 auf ihren Kongressen ernsthaft die Möglichkeit, je die Notwendigkeit, zur Durchführung berechtigter Forderungen mit den freien Gewerkschaften zusammenzugehen.

Gegen diese Absicht trat der Episkopat auf den Plan! Im Fuldaer Pastoral vom 22. August 1900 erklärte er, daß die Religion nicht außer Acht gelassen werden dürfe, bei den Bestrebungen, welche die Förderung der materiellen Standesinteressen, der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und dergleichen bezwecke. Die Religion sei selbstverständlich die katholische:

„denn für katholische Arbeiter und katholische Arbeitervereine gibt es keine andere Norm als jene, welche die Lehre unserer heiligen Kirche bietet und diese Lehre muß auch der Leitstern bei der Lösung wirtschaftlicher Fragen sein.“

Die Fachabteilungen wurden dringend empfohlen. Der Erzbischof Dr. Körpe zu Freiburg verfaßte zu dem Pastoral ein besonderes Begleitschreiben, in dem er von den christlichen Gewerkschaften sagte:

„es hat sich schon gezeigt, daß das Wort „christlich“ hier nur ein leerer Schall und ein Aushängeschild ist.“ Nur der Sozialdemokratie komme diese Bewegung zugute, deshalb: „sammelt alle katholischen Arbeiter, soweit es Euch möglich ist, in katholischen Arbeitervereinen und leitet dieselben nach den Anweisungen des Hl. Vaters.“

In den Vereinen sollten nach Bedürfnis Fachabteilungen für die einzelnen Berufe gebildet werden. 1906 billigte der Papst ausdrücklich die Haltung des Bischofs Forum von Trier; auf dessen Bemerkung, er glaube mit seinem Eintreten für die Fachabteilung den Intentionen des Papstes zu entsprechen, antwortete Pius: „Gewiß, das ist meine Intention.“ Pius sprach dann sein Erstaunen darüber aus, wie die „römische Volkszeitung“ es wagen könne, „zu entscheiden, ob seine Kundgebungen nur für Italien bestimmt seien, oder für die ganze katholische Welt“.

In den folgenden Jahren wurde ein immer positiveres Rästelraten gespielt: Billigt der Papst die christlichen Gewerkschaften oder nicht? Ein Verbot dieser Gewerkschaften wagte man aus politischen Rücksichten nicht. 1910 befreiterte der Episkopat, daß der Einfluß der Kirche auf die Gewerkschaften zu stärken sei. In seinem Silvesterbrief an den Kardinal Fischer bestätigte der Papst 1911 nochmals die Herrschaft der Kirche über die christlichen

Gewerkschaften, wie über die katholischen Fachabteilungen. Er freute sich, daß die Bischöfe für beide Verbände gewisse gemeinsame Gesetze, die zu befolgen sind, aufgestellt hätten, damit sie in den beiderseitigen Gebieten auch ferner für den wahren Vorteil der Arbeitgeber und Arbeiter zum Heil der Religion und der bürgerlichen Gesellschaft sich bemühen.

Die Vorgänge dieses Sommers sind noch in so frischer Erinnerung, daß wir auf ihre Registrierung verzichten können. Sie haben nun ihren Abschluß gefunden: Die christlichen Gewerkschaften werden Gewerkschaften von Rom's Gnaden sein oder sie werden nicht sein.

Zur Arbeitslosenfürsorge.

Wo sich nur Gelegenheit bietet, sucht das Unternehmertum seinen Einfluß gegen die Gewerkschaften geltend zu machen. Selbst die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die doch zuerst ernsthaft von den Gewerkschaften in Angriff genommen wurde, muß dem Herrcentum der Unternehmer zu diesem Zwecke dienen. Auf unzähligen Konferenzen und Kongressen nahmen Verteidiger des kapitalistischen Produktionssystems ein humanistisches Mäntelchen um, beklagten die schrecklichen Folgen der Arbeitslosigkeit und bemühten sich im Schweiße ihres arbeiterfreundlichen Angesichts schwer um die Lösung der Arbeitslosenunterstützungsfrage, ohne sie zu finden.

Wohl oder übel mußten sie die Tätigkeit der Gewerkschaften zur Unterstützung Arbeitsloser anerkennen, aber sie konnten sich nie entschließen, das praktische Vorgehen der Gewerkschaften rückhaltlos zu unterstützen. Sie wollten nämlich selbst als die Wohltäter der Arbeiter gelten und glänzen und so den Anschein erwecken, als ob die bürgerliche Gesellschaft bereit sei, den schlimmen Folgen kapitalistischer Wirtschaft ernstlich zu begegnen.

Das Höchste, wozu sie sich in dieser Frage aufschwangen, vermochten, war die Empfehlung und Einführung des Genter Systems, nach dem an Arbeitslose Unterstützung gewährt werden in Form eines Zuschusses zu den Leistungen einer Gewerkschaft oder eines sonstigen Berufsvereins. Solche Unterstützungen flossen aus kommunalen Mitteln. Einzelne Gemeinden haben weiter die Uebersetzung eingeführt, auch Nichtorganisierten eine Unterstützung zu garantieren, wenn sie vorher Spareinlagen machen, bei deren Rückzahlung dann ein Zuschuß als Unterstützung gewährt wird.

Diese Uebersetzung geschah auf Einspruch der Unternehmer, die in dem reinen Genter System eine Bevorzugung der Gewerkschaften erblickten, ja sogar behaupteten, es stelle eine heimliche Agitation für die Gewerkschaften vor. Hierin kam wieder einmal der Haß gegen die Gewerkschaften zum Durchbruch.

Wo nun aber die Arbeitslosenfürsorge zur Beratung steht, sucht das Unternehmertum alle Faktoren in diesem Sinne zu beeinflussen. So auch in Mannheim, wo die Stadtverwaltung eine Kommission zur Erörterung der Arbeitslosenunterstützung niedergesetzt hatte. Die Geschrungen, die man mit dem „Sparsystem“ gemacht hatte, konnten die Kommission nicht für dessen Einführung begeistern. Aus Freiburg in Baden lag nämlich folgendes Resultat dieses verfehlten Systems vor: Von 117 unterstützten Arbeitslosen waren nur 8 Sparere, 109 dagegen Mitglieder der Gewerkschaften. Das konnte nun aber die Mannheimer Kommission nicht veranlassen, das reine Genter System einzuführen. Die Unternehmer legten dagegen Verwahrung ein und machten der Kommission folgende Vorschläge:

„Jedem Arbeitslosen, der seit mindestens einem Jahre ununterbrochen in Mannheim gewohnt hat und seine unverschuldete Arbeitslosigkeit darthut, falls ihm eine angemessene Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, eine Unterstützung von 70 S pro Tag auf die Dauer von höchstens 50 Tagen zu gewähren. Für jedes Kind unter 15 Jahren erhöht sich die Unterstützung um 10 S pro Tag bis zum Höchsttage von je 1 A.“

Würde dieser Vorschlag von der Stadtverwaltung angenommen, dann wäre die schreckliche Gewerkschaftsklippe umschifft und der Stadtverwaltung könnte nicht der gräßliche Vorwurf gemacht werden, daß sie indirekt die Gewerkschaften unterstütze. Aber die Frage der Arbeitslosenfürsorge wäre damit auch nicht gelöst, im Gegenteil würde sie zur Farce gemacht.

Welche Bedingungen sind an die winzige Unterstützung geknüpft? Einjähriger, ununterbrochener Wohnsitz; Nachweis der unverschuldeten Arbeitslosigkeit, und außerdem empfängt der Unglückliche die riesige Unterstützung nur, wenn ihm nicht eine angemessene Arbeit nachgewiesen werden kann.

Bei der umfangreichen Fluktuation der Arbeiter, die durch die heutige kapitalistische Wirtschaft stetig gesteigert wird, gibt es sehr viele brave Arbeiter, die keinen einjährigen Wohnsitz haben; sie gehen also schon der ungeheuren Wohlthat verlustig. Ferner alle diejenigen, die einer brutalen Ausbeutung durch Hungerlöhne und schlechte Behandlung durch Niederlegung der Arbeit sich entziehen; und auch alle die, welche eine „angemessene“ Arbeit wie Holzpolier und dergleichen nicht verrichten wollen.

Das ist eine vorläufige Methode, die Arbeitslosenunterstützungsfrage zu lösen. Erstens wird diese Fürsorge der Gemeinde nicht viel kosten, und zweitens ist man jeder Berührung mit den verhassten Gewerkschaften aus dem Wege gegangen. So macht man in Arbeiterfreundlichkeit!

Rundscha.

Scharfmacherpläne. Der Große Ausschuss des Bundes der Industriellen hielt am Sonntag in Berlin eine Sitzung ab, in der die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen zur Debatte stand. Nach einem Referat des Syndikus des Dr. Stappf und langer Debatte nahm man einstimmig folgende Resolution an:

„Der Bund der Industriellen erklärt zu der Frage der vielerseits geforderten Schaffung eines stärkeren Schutzes der Arbeitswilligen auf Grund der ihm mitgeteilten Erfahrungen seiner Landes- und Fachverbände, daß auf dem Gebiete des Arbeitskampfes beklagenswerte Mißstände vorhanden sind, deren Beseitigung dringend gewünscht werden muß.“

Ein allgemeines gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens hält der Bund nicht für ein dazu geeignetes Mittel. Ein solches Verbot wäre nur im Wege eines gegen die Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetzes denkbar, dem wegen der zu erwartenden Verschärfung des Arbeitskampfes, einer weiteren Radikalisierung der Arbeitermassen, der Zurückdrängung der nationalen Arbeiterbewegung unbedingt zu widerstehen ist.

Der Bund der Industriellen fordert vielmehr, daß versucht wird, im Rahmen der jetzigen Gesetzgebung durch entschiedene Anwendung der gegebenen Mittel die Achtung vor der öffentlichen Ordnung und das Vertrauen zu dem Ansehen des Staates wiederherzustellen, sowie die Sicherheit des Verkehrs zu gewährleisten. Er ist der Ueberzeugung, daß der jetzige Rechtszustand es erlaubt, vor allem die Ausschreitungen bei dem Streikpostenstehen in einem sehr viel weitergehenden Maße, als es bisher geschieht, zu verhindern. Für nötig erachtet er aber eine Verschärfung des Strafverfahrens.

Der Bund der Industriellen hält eine Erweiterung der Gesetzgebung nur im Rahmen des gemeinen Rechts für möglich und in dem Sinne für geboten, daß Normen geschaffen werden, die die Willensfreiheit des Einzelnen, sein Recht auf ungehinderte Berufsausübung und seine persönliche Integrität bei der Arbeit garantieren. Er wünscht die Beseitigung der in § 152, 2 der Reichsgewerbeordnung begründeten Ausnahmebestimmung der gewerblichen Berufsvereine und die Einführung einer Verpflichtung für die zum Erwerb der Rechtsfähigkeit sowie die Statuierung der Haftung der Berufsvereine für die Tätigkeit ihrer Beamten. Im übrigen empfiehlt der Bund als wirksame Abwehrmittel tatkräftige Förderung der deutschen Arbeitgeberorganisationen und der Streikentschädigungsidea.

Die nationalliberalen Führer im Bunde der Industriellen, die Herren Stresemann, Böppel usw., glauben wahrscheinlich, es ganz besonders schlaue angestellt zu haben, wenn sie kein Verbot des Streikpostenstehens und kein neues Zuchthausgesetz fordern, um die Empörung der Arbeiter nicht all zu lebhaft wachzurufen. Aber die hinterlistigen Scharfmacherpläne, die im letzten Ende dazu führen sollen, für jeden ungetreuen oder ungeschickten Angehörigen der Berufsverbände mit ihrem ganzen Vermögen haften zu lassen, sind vielleicht noch gefährlicher, als die plumphen Brutalitäten eines Ausnahmegesetzes, und werden von der Arbeiterschaft, sobald sie erst greifbare Form gewinnen, nicht minder energisch bekämpft werden.

Arbeiterbeispiegelung im liberalen Musterlande. Eine Streitigkeit, die zwischen dem Genossen Schwall, Karlsruhe, als Vertreter des süddeutschen Eisenbahnerverbandes, und einem Mitgliede des staatssozialistischen badischen Eisenbahnerverbandes, dem Hallehausmitglied Dreher, vor zwei Gerichtssitzungen zum Austrag kam, förderte interessante Tatsachen ans Licht der Öffentlichkeit. Dreher, vor zwei Gerichtssitzungen zum Austrag kam, vorgelegten Staatsbehörde stellte, um den Denunzianten gegen seine Kollegen zu machen. Das Strafkammerurteil machte denn auch folgende Feststellungen:

Es sind aber auch heute eine Reihe von Tatsachen festgestellt worden, die den Dreher als Arbeitervertreter in einem merkwürdigen Licht erscheinen lassen. Er gab selbst zu, daß er von einem seiner Vorgesetzten den Austrag bekam, in eine Arbeiterversammlung zu gehen — es war die sogenannte Zivilversammlung vom 4. Mai 1911 — und ihm über deren Verlauf zu berichten. Er gibt weiter zu, daß von den Einberufern jener Versammlung ausdrücklich verlangt wurde, es dürfe nichts hinausgetragen werden; er hat trotzdem der vorgelegten Behörde berichtet. Damit aber ist bewiesen, daß Dreher sein Amt als Arbeitervertreter in einer Weise ausübte, die in den Augen der Arbeiter als eine Verräterei angesehen werden konnte.

Das Gericht kommt deshalb auch zu der Entscheidung, daß die Bezeichnungen „Zweideutigkeit“ und „Denunziant“ zur Charakterisierung des Dreher gebraucht werden dürfen.

Handschellen im Kampfe gegen die Arbeiterjugend. Unvergleichliche Lorbeeren im Kampfe gegen die Arbeiterjugend hat sich die Neutöllner Polizei verdient. Die arbeitende Jugend Berlins und Neutöllns hielt in den Hohensterfenjalen eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Adolf Hoffmann über „Wo hin gehört die arbeitende Jugend“ referierte. Der Andrang der Jugendlichen war so stark, daß die Polizei schon um 13 Uhr abspernte. Ein großes Polizeiaufgebot unter Führung eines Leutnants hielt während der Versammlung die vor dem Lokale harrenden Jugendlichen in Schach. Genosse Hoffmann entledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise, sehr oft durch brausende Beifallsstürme unterbrochen. Sich anlehnd an die Bibel, Buch Sirach, geschah dem Referenten das Malheur, daß der überwachende Leutnant die zitierte Stelle als politisch beanstandete. Unter schallendem Gelächter der Zuhörer erklärte der Referent, daß er bis dato noch nicht wußte, daß die Bibel politisch sei. Einem sich sehr ungeschickt ausdrückenden Gegner bereitete Adolf Hoffmann eine gründliche Abfuhr. Mit einem dreifachen Hoch auf die freie Jugendbewegung wurde die imposante Versammlung gegen 5 Uhr geschlossen. Die circa 3000 jugendlichen Teilnehmer entfernten sich in musterhafter Weise.

Die Polizei nahm mehrere Eistierungen vor. Einige Jugendliche unter 18 Jahren wurden mit Handschellen versehen und unter starker Bewachung zur Wache geschleppt, was lebhaft empört unter den Jugendlichen hervorrief. Die arbeitende Jugend wird auch durch keine Maßnahmen im Kampfe ermüdet. Sie wird nur des Kampfs um so erfrischter führen.

Die Verurteilung durch Hering und Pellkartoffel.

Das Reichsgericht beschäftigte sich am 15. November wieder mit sieben Streikbrechern aus dem Ruhrrevier. Und zwar handelt es sich um fünf Dortmunder, eine Essener und eine Bochumer Sache. Die letztere betraf den Bergmann Franz Emil Sch., der am 19. Juni wegen Beihilfe zum Vergehen gegen § 153 U. D. zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Am 12. März waren zwei streikende Bergleute im Begriffe, ein Pappschild mit einer Schnur an zwei gegenüberstehenden Häusern der Straße zu befestigen. Auf dem Schilde stand geschrieben: „Für die hungrigen Streikbrecher!“ Darunter waren ein Hering und eine Pellkartoffel befestigt. Da die Schnur nicht reichte, welche die beiden anderen Streikenden mitgebracht hatten, gab Sch. ihnen ein Stück Schnur, so daß nun das Schild über den Weg gespannt werden konnte. In der Hergabe der Schnur wurde die Beihilfe zur Verurteilung erblickt, da Sch. genau gewußt habe, um was es sich handelte! — Die Revision wurde am 15. November des Jahres 1912 vom Reichsgericht verworfen.

Das ist kein Scherz, lieber Leser, sondern blutiger Ernst. Ein unbescholtener Mann muß wegen des oben erwähnten Vorganges acht Tage ins Gefängnis wandern. Solltest du es aber dennoch nicht glauben, und du bist vielleicht im Besitze eines Stückchens Schnur, dann hänge dich lieber selbst damit auf, anstatt die Schnur zur Verurteilung eines edlen Streikbrechers zu verwenden. Denn das ist ein todeswürdiges Verbrechen!

Ein Gewerkschaftshaus polizeilich geschlossen. Das Gelsenkirchener Gewerkschaftshaus, das zwei Jahre lang den freien Gewerkschaften ein gastliches Heim gewesen ist, hat die Polizei geschlossen. Die Gebäulichkeiten hatten vor einigen Jahren die sogenannten besseren Gesellschaften Gelsenkirchens beherbergt und waren dann, als die Sache nicht mehr zog, an die Arbeiterschaft übergegangen. Nun setzte ein mit allen Mitteln — von der Spionage bis zur Brutalität — betriebene Hege ein. Dieselben Lokalitäten, an denen früher, als sie die Hautevolee beherbergte, einwärtsfrei waren, mußten nun, obgleich sie konfessioniert, ein über das andere Mal umgebaut werden. Dazu regnete es Polizeistrafen über Polizeistrafen, bis zu 150 M pro Mandat, bis schließlich die gewaltsame Schließung folgte.

Interpellation über die Gewerkschafts-Enzyklika des Papstes. Die evangelischen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben sich an den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Hedemann gewandt mit der Bitte, durch die nationalliberale Partei eine Interpellation über die Gewerkschafts-Enzyklika des Papstes im Reichstage zu veranlassen. Die Führer der christlichen Gewerkschaften sind der Ansicht, daß der Wortlaut der Enzyklika durch den Kardinal v. Kopp erst vor ihrer Veröffentlichung der preussischen Regierung unterbreitet worden sei und deren Zustimmung gefunden habe.

Die Enzyklika und die christliche Gewerkschaftspresse. Die christlichen Gewerkschaftsorgane, die uns bis Freitag vorlagen, also Zeit genug hatten, sich eingehend mit der päpstlichen Kundgebung zu beschäftigen, sagen über diese so gut wie nichts.

Der „Vergnapp“, Organ der größten christlichen Gewerkschaft, die der Bergarbeiter, weiß über die Enzyklika nichts zu sagen. Und das besagt viel!

Die „Baugewerkschaft“ läßt sich von der Zentrale der christlichen Gewerkschaften wie folgt Beschele erteilen:

„In Sachen des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager ist Sonntag, den 10. November, durch die deutschen Bischöfe eine päpstliche Enzyklika veröffentlicht worden. Wir nehmen einstweilen lediglich von der Tatsache Notiz. An den Dresdener Verhandlungen über den Gewerkschaftsstreit und den diesbezüglichen Beschlüssen wird auch durch diese neuerlichen Vorgänge nichts geändert.“

Das Organ der christlichen Maler veröffentlicht dieselbe Parole, auch die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des christlichen Gemeinde- und Fabrikarbeiterverbandes, spricht nur die paar ihr suggerierten Sätze aus. Mehr zu schreiben, dazu fehlt die eigene Initiative, der Mut und die innere Ueberzeugung.

Die christliche „Holzarbeiter“ schwingt sich zu folgenden Sätzen auf:

„Die bereits in Nr. 44 des „Holzarbeiter“ erwähnte päpstliche Enzyklika ist am Sonntag, den 10. November, durch die deutschen Bischöfe veröffentlicht worden. Was die Enzyklika enthält, werden unsere Verbandsmitglieder bereits aus der Tagespresse erfahren haben. An der bisherigen Stellungnahme unserer Bewegung zum Gewerkschaftsstreit wird durch das päpstliche Rundschreiben nichts geändert. Bekanntlich besagt die Erklärung des Dresdener Gewerkschaftskongresses: „Organisationsform und Charakter der christlichen Gewerkschaften haben sich in nahezu 15jähriger Praxis bewährt; die christlichen Gewerkschaften bleiben deshalb auch in Zukunft in den seitherigen bewährten Bahnen.“

Die „Deutsche Tabalarbeiterzeitung“, das Organ der christlichen Tabalarbeitergewerkschaft, begnügt sich, nach demselben Schema folgendes zu schreiben:

Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager war bekanntlich auf dem letzten Dresdener Gewerkschaftskongress Gegenstand gründlicher Behandlung und einer ebenso klaren wie einmütigen Beschlusfassung. Neuerdings ist nun durch die Tagespresse eine päpstliche Enzyklika an die deutschen Bischöfe veröffentlicht worden, welche die Zugehörigkeit der katholischen Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften behandelt. Wir behalten uns vor, auf die Sache, wenn nötig, später zurückzukommen, bemerken aber, daß an den Beschlüssen des Dresdener Kongresses durch die neueren Vorgänge nichts geändert wird.

Wie lange wird man wohl darauf warten müssen, bis das Blatt auf den Erlaß „zurückkommt“?

Kardinal Kopp, der jüngst gegen scharfe Ausfälle des „Katholischen Deutschland“ auf schließliche Zentrumsführer energisch Stellung nahm und damit von den „Berliner“

Zum Kampf um die Arbeiterjugend.

In der Denkschrift, die in diesem Sommer dem preussischen Abgeordnetenhaus von der Regierung über die Erfolge der staatlichen Jugendpflege unterbreitet wurde, wurde mitgeteilt, daß im verfloßenen Geschäftsjahr nicht weniger als 16 000 Jugendpfleger in Instruktionstufen ausgebildet wurden und daß insgesamt, allein in Preußen, 560 000 Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren von der staatlichen Jugendpflege „erfaßt“ worden seien. Mag es immerhin mit diesem „Ausbilden“ seine eigene Bewandnis haben, und mag auch die Zahl der erfaßten Jugendlichen einer gründlichen Korrektur bedürfen, jedenfalls diese amtlichen Zahlen ein drastisches Bild von dem fieberhaften Eifer, mit dem auf dem Feld der staatlichen Jugendpflege gearbeitet wird. Dieser Eindruck wird ergänzt und bestätigt durch die Angaben, die die bürgerlichen Jugendfachblätter schier in jeder Nummer erbringen. So haben wir festgestellt, daß in einem einzigen beliebig herausgegriffenen Monat des verfloßenen Sommers nicht weniger als neun, meist von zahlreichen Teilnehmern besuchte Instruktionstage stattgefunden haben; daß im gleichen Zeitraum sechs Kongresse für männliche Jugendpfleger, fünf für weibliche Jugendpfleger abgehalten wurden; daß sich, immer in demselben Monat, zwei kirchliche Konferenzen mit der Jugendfrage beschäftigt haben, und daß sogar zwei Städtetage die kommunale Jugendpflege auf der Tagesordnung hatten. Schließlich wurden in dem Berichtsmonat auch noch mehrere Blumentage eigens für die Zwecke der staatlichen Jugendpflege veranstaltet. Dabei macht diese Zusammenstellung nicht entfernt Anspruch auf Vollständigkeit, wie denn auch zu berücksichtigen ist, daß die organisatorischen Maßnahmen der Gegner auf diesem Gebiet sich zum größten Teil der Öffentlichkeit entziehen, und daß ihre Haupttätigkeit naturgemäß nicht in die Sommermonate, sondern auf den Winter entfällt.

Aber wie von ihnen auch im Sommer gearbeitet wird, davon hat jeder von uns Gelegenheit gehabt, sich durch den Augenschein zu überzeugen, wenn er fast auf jedem Gang ins Freie den Trupps wandernder Knaben und Mädchen begegnete, die von Vertrauensleuten der staatlichen Jugendpflege, meist Lehrern, in Wald und Flur geführt wurden. Von den Kriegsspielen, die an unzähligen Orten in Stadt und Land mit der Jugend abgehalten wurden, waren in diesem Sommer ja alle bürgerlichen Zeitungen voll. Diese Veranstaltungen fanden dann ihre nicht mehr zu überbietende Krönung in den geräuschvollen Paraden, zu denen der Jungdeutschlandbund bei besonderen Gelegenheiten die Jugend der größeren Städte im wörtlichen Sinne zusammenschickte. Ganze Armeekorps von Jugendlichen wurden in den Großstädten mobil gemacht und in militärischer Aufmachung auf die Exercierplätze geführt, wo mit ihnen unter militärischer Leitung, eingeschlossen den Feldgottesdienst, richtige Manöver abgehalten wurden. Nicht nur die schulerlässige Jugend, auch ganze Volksschulen wurden zur Teilnahme aufgeboten, ja geradezu kommandiert. Die Verpflegung und eventuelle Bahnfahrt war in der Regel unentgeltlich und breite Bevölkerungsschichten beteiligten sich, wie an großen öffentlichen Festen, an diesen Massenparaden des Jungdeutschlandbundes.

Was sich die bürgerliche Gesellschaft diese Jugendpflege kosten läßt, ist auch nicht einmal schätzungsweise anzugeben. Mit den 1½ Millionen, die die bürgerlichen Parteien im Preussischen Landtage, oder mit den 100 000 M., die sie in Sachsen der Regierung für diese Zwecke zur Verfügung gestellt haben, ist es ja bei weitem nicht getan. Mit der staatlichen Zuwendung ist in jedem einzelnen Falle die Verbindung verknüpft, daß die Städte oder Landgemeinden aus kommunalen Mitteln gleichfalls eine finanzielle Beihilfe zu solchen örtlichen Veranstaltungen leisten. Die Stadtgemeinden und die Landkreise steuern denn auch für den Betrieb der bürgerlich-nationalen Jugendpflege Summen bei, die das Vielfache jener staatlichen Fonds ausmachen. Besonders in den städtischen Etats werden neuerdings überall hohe Summen für Jugendpflege eingestellt, so in Hannover 14 000 M., in Magdeburg gar 100 000 M.

Es kommen hinzu die ungezählten Tausende, mit denen Privatleute, die schwerreichen Stützen des Staates, besonders aus Unternehmertreihen, diese Sache, die ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen dient, finanziell unterstützen. In Essen wurden neuerdings, um bloß wenige Beispiele herauszugreifen, 70 000 M., in Mülhausen (Lür.) 115 000 M., in Halle 500 000 M. von privater Seite für Zwecke der Jugendpflege gestiftet. Die evangelische Kirche wendet allein in Norddeutschland für ihre Junglingsvereine 1½ bis 2 Millionen Mark im Jahre auf.

Wie winzig sind demgegenüber die Mittel, die die organisierte Arbeiterjugend für ihre Gegenaktion, die freie Jugendbewegung, aufbringen kann! Und was steht für uns auf dem Spiel?

Denn darüber herrscht doch jetzt nicht der leiseste Zweifel mehr, daß die sogenannte staatliche Jugendpflege kein anderes Ziel hat, als die Jugend des Volkes den Idealen ihrer Klasse, dem Denken und Fühlen ihrer erwachsenen Brüder und ihrer Eltern, dem gewaltigen Kulturkampf des Proletariats abspenstig zu machen. Alle diese Veranstaltungen, die äußerlich so harmlos, ja anscheinend nützliche Tendenzen zur Schau tragen, wie die Wanderungen und Leibesübungen der Jugend, verfolgen, das wird in den Ministererlassen unverblümt zugestanden, in Wahrheit keinen anderen Zweck, als die fortwährende Beeinflussung unserer Jugend im arbeitserfeindlichen Sinne.

Zu einem umfassenden jugendlichen Kriegerverein sollen unsere Kinder organisiert werden, der genau wie die Kriegervereine der Erwachsenen auf die wütende Bekämpfung der Arbeiterbewegung eingedrillt werden soll.

Besonders die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden die Folgen dieser planmäßigen Verheerung der heranwachsenden proletarischen Generation noch zu fühlen bekommen, wenn die Opfer der bürgerlich-nationalen Jugendpflege als Kerntruppen in den gelben Streikbrechervereinen austauschen und ihnen bei Lohnkämpfen in den Rücken fallen.

Arbeiter, wollt ihr euch das gefallen lassen? Wollt ihr mit verschärkten Armen zusehen, wie eure Jugend systematisch euch zu Feinden erzogen wird?

Wenn ihr es nicht wollt, wenn ihr die Zumutung zu diesem Klassenmord entrüstet von euch weist, dann ist es aber auch absolut notwendig, daß jeder einzelne von euch an dem Ausbau unserer Gegenaktion, der freien Jugendbewegung, mit äußerster Energie mitarbeitet.

Gewiß sind unsere Mittel im Vergleich zu den kolossalen Aufwendungen des Klassenstaates, der mit seinem ganzen Machtapparat arbeitet, gering. Aber es gilt, wenigstens diese bescheidenen Mittel nach Kräften auszunützen. Überall haben wir unsere Jugendauschüsse, und sie werden auch in diesem Winter wieder mit dem größten Eifer die Aufgaben ihrer Bildungs- und Aufklärungsarbeit zu erfüllen trachten. Aber die gesamte Arbeiterschaft muß sie in diesem Werk unterstützen, und sie kann sie unterstützen.

In der Arbeitsstätte, in der Fabrik, auf Bauten steht ihr in fortwährender innigster Fühlung mit den Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern. Ihr wißt, was sie in ihrer freien Zeit treiben. Vergewissert euch, ob die jungen Leute auch die Veranstaltungen unserer Jugendauschüsse, die Versammlungen und Feste, die Vorträge und Unterrichtskurse besuchen, ob sie in unseren Jugendheimen verkehren. Sorgt dafür, daß sie über die Absichten der gegnerischen Vereine aufgeklärt werden. Keiner unserer jugendlichen Kameraden hat etwas in einem bürgerlichen Jugendheim zu suchen, mag es sich um einen frommen Junglingsverein, einen „patriotischen“ Turnverein oder einen der neuerdings überall auf Anregung der staatlichen Bureaucratie ins Leben gerufenen Jugendklub an Fortbildungsschulen handeln.

Vor allem seht darauf, daß die jungen Leute unser Jugendblatt,

die „Arbeiter-Jugend“,

halten. In jeder Werkstelle muß dafür gesorgt werden, daß ein vollständiges Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vorhanden ist, damit Probeexemplare unseres Jugendorgans sämtlichen jugendlichen Arbeitern zugestellt und sie nachdrücklich zum Bezug veranlaßt werden können. Eventuell sollten die organisierten Arbeiter des Betriebs, wie es vielfach schon geschieht, gemeinsam die geringen Kosten des Bezugs tragen.

Ist so jeder gewerblich tätige aufgeklärte Arbeiter unter den jungen Leuten seiner Arbeitsstätte ein Agitator für unser Jugendorgan, so muß es in absehbarer Zeit möglich sein, das erste Hunderttausend seiner Abonnenten voll zu machen. Wir haben nur dieses eine Blatt, in dem wir der Jugend unsere Anschauungen vermitteln, durch das wir sie zu tüchtigen Menschen im Sinne der proletarischen Weltanschauung erziehen können, während die Gegner über Tüden von Jugendzeitungschriften verfügen und durch Hunderte von Traktäthen und Broschüren sie in ihr Lager herüberzuziehen versuchen. Um so energischer muß unsere Propaganda für das Blatt sein, und hier kann jeder von euch praktische Jugendarbeit in unserem Sinne leisten.

Ans Werk, Genossen! Der verfloßene Winter hat fast ausschließlich der politischen Arbeit gehört und in dem Wahlkampf vom 12. Januar der deutschen Arbeiterchaft herrliche Erfolge gebracht. Dieser Winter sei der Agitation unter unserer Jugend gewidmet!

Tut jeder von uns auch auf diesem Arbeitsfeld seine Schultigkeit, dann wird uns in naher Zukunft ein noch prächtigerer Kampferfolg zufallen, denn die Jugend von heute ist das Volk von morgen, und dieses Volk, das ganze kommende Arbeitergeschlecht, soll unser sein!

Die Elsässische Tabakmanufaktur und die leichtfertigen Arbeiter.

Schön ist es ja nicht, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen in die wohlwollenden Maßnahmen einer üblichen Betriebsleitung hineinreden wollen. Für solche, ihren Daseinszweck ganz falsch auffassende, natürlich verhegte, Proletariatsgeschöpfe kann der Kapitalismus nichts übrig haben als den Grundsat, der schon in Strahwinkels Schredentagen allerhöchst maßgebend war: Euch ziemt es, stets das Maul zu halten! Und wer dennoch räsonniert, wird gerade nicht pflütert — so weit ist man noch nicht — aber man hat heutzutage auch ohnehin seine guten Mittel, jede Unbotmäßigkeit zu unterdrücken; steht es auch noch nicht in den Arbeitsordnungen und über jedem Fabrikator geschrieben, so ist es in der Praxis doch vielfach erprobt: Wer sich nicht fügt, der fliegt!

Ein Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter der Elsässischen Tabakmanufaktur in Straßburg-Neudorf war nun so überaus heif, mehr Lohn und sonst noch dies und das, was mit dem Arbeitsverhältnis in Zusammenhang stand, zu fordern. Zu fordern? Ja, da kann ja einer schlanke Weg auf den Rücken fallen. Fordern? Mehr Lohn fordern? Man möchte ja fast glauben, als ob die Leute nicht genug verdienen! Unsinn! Die verdienen zu viel und sind deshalb übermäßig geworben. Die Elsässische Tabakmanufaktur ist gerecht, unbedingt gerecht. Sie rechnet zwar nicht von Uebermut, aber sie hat ein Interesse an

der Wahrheit und gibt sich Mühe, festzustellen, daß die Löhne gut sind und „sich entsprechend den in anderen vergleichbaren Betrieben“ bewegen. Es ist sehr vernünftig von den Herren Direktoren (wir wissen zwar nicht, was die Herren verdienen) den Lohn der Arbeiter und Arbeiterinnen für „vollkommen ausreichend“ zu erklären, wie das in einem Zirkular der Firma geschieht. Wenn die Direktoren der Firma den Lohn der Arbeiter für vollkommen ausreichend halten, so ist er es auch. Immerhin gibt es noch Menschen, entweder zu dumm oder zu schlecht, die den Herren Direktoren nicht glauben. Das ist freilich unerhört. Doch die Wahrheit findet immer einen Verteidiger. So tritt nunmehr die Straßburger Handelskammer auf den Plan und gibt der Elsässischen das beste Zeugnis:

Bescheinigung:

Der Elsässischen Tabakmanufaktur in Straßburg-Neudorf wird nach Prüfung ihrer Lohnlisten und nach Vergleichung mit den Lohnlisten ähnlicher Betriebe hiermit bescheinigt, daß die von ihr bezahlten Löhne, sowohl der Männer wie der Frauen, denjenigen Löhnen entsprechen, die in den Betrieben der gleichen oder ähnlichen Industrien in Straßburg und Umgebung bezahlt werden.

Straßburg, den 26. Oktober 1912.

Die Handelskammer.

Der Präsident: (gez.) Eichen.

Um Irrtümer zu vermeiden, betonen wir, daß die Straßburger Handelskammer keine Vertreterin der Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Also nun ist sicher, daß der Lohn bei der Elsässischen gut ist. Doch halt! Da stößt uns auf, daß die Handelskammer von Löhnen redet, die gleich denen anderer ähnlicher Betriebe sind, während in dem Zirkular, das für die Kundschaft bestimmt, von „vollkommen ausreichenden Löhnen“ die Rede ist. Das ist natürlich zweierlei, doch wird die Betriebsleitung, um die Wahrheit zu schreiben, die Arbeiter und Arbeiterinnen erst gefragt haben, ob der Lohn „vollkommen ausreichend“ ist. Und da wir überzeugt sind, daß alle, alle Arbeiter und Arbeiterinnen mit glückstrahlendem Gesicht gewissenhaft antworteten, ihr Lohn sei in mer und immer nicht nur ausreichend, sondern sogar v o l l k o m m e n ausreichend gewesen, und daß sie nie über irgend einen Mangel zu klagen brauchten, trotz ihrer natürlich sehr hohen Lebensansprüche, so geschieht den Gegnern und streifenden Faulenzern schon recht, wenn sie in der Öffentlichkeit von der Elsässischen unter Zuhilfenahme der Straßburger Handelskammer einmal ganz reell gestäupt werden.

Was wollen denn eigentlich Verband, Gauleiter, Kartellvorstand und wie die sonst so unverantwortlich leichtsinnig mit dem Wohl eines hervorragend entwickelten Betriebes umspringenden Körperschaften heißen mögen, von der Elsässischen? Wir betonen: hervorragend entwickelten Betrieb! Die Bilanz in ihrem Schlußeffekt beweist das deutlich genug. Die Betriebsleitung ist natürlich viel zu bescheiden, darüber zu reden, obgleich, was wir doch hoffen wollen, ihr Einkommen ebenfalls „vollkommen ausreichend“ ist. Reicht aber auch das Zertifikat der Handelskammer noch nicht aus, so kann man allen Boshaften auch mit andern Gründen die über allen Zweifel erhabene Unanschaulichkeit der Elsässischen beweisen. Z. B.: Arbeiten die Leute auch nicht gerade seit Methusalems Zeiten in der Elsässischen, so sind doch 9 Männer und 20 Frauen über 20 Jahre dort beschäftigt, wie es in dem Rundschreiben an die Kundschaft heißt, und der größte Teil dieser Leute hat sogar bereits für 25jährige oder längere Tätigkeit Auszeichnungen erhalten. Na ja, und da redet man noch von ungenügenden Löhnen! Da hat doch die Elsässische wahrhaftig Recht, wenn sie schreibt: „Die hiesige Gauleitung sowie der Kartellvorstand hat sich eines sicherlich auch vom Standpunkt der Gewerkschaften aus unerlaubt leichtfertigen und unverantwortlichen Vorgehens schuldig gemacht.“

Es ist natürlich ungeheuer brav und dankenswert, wenn die Elsässische sich die Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen angelegen sein läßt. Mehr kann man doch wirklich nicht verlangen. Der Tabakarbeiter-Verband wird gut tun, sich in Zukunft bei etwaigem Vorgehen gegen die Elsässische erst Rat bei der Elsässischen zu holen. Dasselbe empfehlen wir auch dem Straßburger Gewerkschaftskartell.

Eins, verehrte Elsässische, bedarf der Richtigstellung. Nach dem Zirkular soll der Vermittlungsversuch des Bürgermeisters vom 5. Oktober a. c. der erste gewesen sein. Wenn man Wortklauberi treiben will, mag's richtig sein; wir sehen aber in den Verhandlungen mit der Betriebsleitung, die seitens der Gauleitung vor dem 5. Oktober a. c. geführt worden sind, dasselbe Bestreben, wie es das Bürgermeisteramt auszuüben bereit war, nämlich, den Frieden zu erreichen. Wir sagen das nur, um zu beweisen, daß auch die Arbeiterchaft und ihre Leitung jederzeit bereit war, eine beiderseitig befriedigende Grundlage zur Beendigung des Kampfes zu finden. Wenn die Elsässische nicht geneigt war, zu verhandeln, so steht es ihr allerdings erst recht wohl an, von „unerlaubt leichtfertigen und unverantwortlichen Vorgehen“ zu schreiben.

Daß die Firma unter solchen Umständen, namentlich in Hinsicht auf die „vollkommen ausreichenden“ Löhne sehr ungehalten über den Boykott ist, begreifen wir um so mehr, als dieser Boykott gewirkt hat und noch wirkt. Das Zirkular ist ja wohl das Produkt dieser Wirkung, nicht wahr, verehrte Elsässische? Ja, ja, diese leichtfertigen Arbeiter sind nun einmal mit ihrem unverantwortlichen Vorgehen gleich bei der Hand. Hätten doch erst bei der Elsässischen fragen sollen, ob sie mit den Löhnen ihrer Arbeiter zufrieden war! Wahrscheinlich wärs dann ganz anders gekommen. Die Elsässische hätte sich „eines sicherlich auch

Der Gewerbeordnung angeklagt. Das Oberlandesgericht Hamm verwarf die gegen das Urteil der Bielefelder Strafkammer angemeldete Revision aus folgenden Gründen: Jemand war nicht der Stellvertreter des Fabrikanten, als solcher hätte er allerdings Lehrlinge im Sinne des § 126 der Gewerbeordnung annehmen können; dann hätte er natürlich auch die Pflicht gehabt, einen ordnungsmäßigen Lehrvertrag abzuschließen. Es fehle aber an jedem Anhalt, den Angeklagten als rechtsgeschäftlichen Vertreter des Fabrikanten anzusehen, vielmehr sei er nur als Werkmeister mit den solchen Personen auferlegten Befugnissen angestellt. Zu diesen Befugnissen gehöre aber allgemein nicht die rechtsverbindliche Annahme von Lehrlingen, so daß an einer Pflicht für ordnungsgemäßen Abschluß eines Lehrvertrages der Angeklagte nicht zu sorgen brauchte.

Der Ausgang dieses Prozesses ist dem W. C. W. wohl nicht angenehm; wir bezweifeln jedoch, daß er sich nun zu einer allgemeinen Forderung der Lehrlingsfrage in unserem Sinne verstehen wird.

In den Armen liegen sich beide. Unter der Ueberschrift: „Brüder reicht die Hand zum Rinde!“ kritisierten wir in der vorigen Nummer des Tabak-Arbeiter einen Artikel der „Tabakwelt“, der die Qualifikation der „Christlichen“ zu Gelben begründete. Die „Christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung druckt den Artikel der „Tabakwelt“ ab, dabei rinnen ihr helle Freudentränen in den Bart; sie ist ganz aufgelöst vor Rührung, daß ein Unternehmerrblatt sie nun endlich ganz und richtig verstanden hat. „Der Artikel enthält so tiefgründige Darlegungen, daß wir es für angebracht halten, ihn unsern Lesern wörtlich zugänglich zu machen, umso mehr, als solche Ausführungen wohl noch kaum in einem Arbeitgeberorgan zu lesen waren.“ schreibt das Christenorgan vor Entzücken. Und weiter: „Wir duhlen gewiß nicht um die besondere Gunst der Fabrikanten. Wir wissen, daß unsere Tätigkeit, die energische Vertretung der Tabakarbeiterinteressen, bei den Arbeitgebern nicht leicht eine besondere Zuneigung auslösen kann. Aber es verdient der gekennzeichneten Haltung gegenüber registriert zu werden, wenn sich einmal eine Stimme vernehmen läßt, die wenigstens so nobel ist, unsere Bestrebungen ohne tendenziöse Einseitigkeit zu würdigen und uns gerecht zu werden.“

Energetische Vertretung der Tabakarbeiterinteressen bei den „Christlichen“! Da schüttelt sich die Welt vor Lachen. Im übrigen, liebe „Christen“, laßt euch von den Fabrikanten nur recht nobel behandeln und vertrittet die Tabakarbeiterinteressen so, daß ihr deren Zuneigung immer mehr erwerdet! Eine Zeugung zwischen euch und den Fabrikanten bringt freilich eine gelbe Mißgeburt zur Welt.

„Genossenpiegel.“ Die „Christliche Tabakarbeiter-Zeitung“ hat als Zentrumsorgan den Auftrag, die Sozialdemokratie vernichten zu helfen; sie gibt sich im Stille München-Claback und Reichsverband auch alle erdenkliche Mühe. Wie tagtäglich zu sehen, wie besonders die letzte Reichstagswahl bewiesen hat, niht es nichts; so wenig die „Christen“ gemeinschaftliche Erfolge erzielen können, so wenig wird auch ihr Händeringen gegen das sozialistische „Gift“ ausrichten. Höchstens dient ihr Sammeln dazu, einem Teil der Tabakarbeiter die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit vergessen zu lassen. Den Raum, den die „Christliche“ Tabakarbeiter-Zeitung dem Kampf gegen die Sozialdemokratie zuwendet, sollte sie lieber zur Vertretung der Tabakarbeiterinteressen hergeben, fintelmal es damit in dem Blättchen ohnehin recht mau ausseht. „Genossenpiegel“ nennt das Blättchen seine Ablagerungskälte für geistigen Müll und Schutt. Eine duftende Probe davon sei unseren Lesern, die wir bitten, sich mit Desinfektionspulver versehen zu wollen, gegeben.

Unsere Arbeiterinnen zum Nachdenken. Wie mitgeteilt wird, müssen in Berlin monatlich rund 3000 Frauen mit 12000 Kindern, die von den Herren Chemännern im Stich gelassen wurden, mit rund 200000 M. unterstützt werden. Berlin ist bekanntlich eine rote Domäne und dieses Streiflicht läßt die Zustände ahnen, die dort herrschen. Was sagen die Arbeiterinnen dazu? Gerade sie würden am härtesten betroffen, wenn jemals die sozialdemokratischen Ideen von der freien Liebe und von der Ehe im Zukunftstaat verwirklicht würden. Schlußfolgerung: Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung!

Das Geschreibsel ist so lumpig, wie die Gestimmung seiner Macher und Verbreiter. Woher wissen denn diese „Wahrheits“-herben, daß es sich, die Richtigkeit der Bissen der Notiz vorausgesetzt, um sozialdemokratische Chemänner handelt? Bis jetzt wird den Sozialdemokraten von ernstern Männern aus dem bürgerlichen Lager das Zeugnis ausgestellt, daß sie im allgemeinen bestrebt sind, ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Inwiefern die unsicheren Erwerbsverhältnisse die Menschen oftmals hindern, ihren Pflichten vollaus nachzukommen, braucht ein Redakteur der „Christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung freilich nicht zu wissen. Er weiß natürlich auch nichts davon, daß gerade in den allerchristlichsten Gegenden die Kriminalität noch unheimlich groß ist, während sie in den sozialdemokratisch verfeuchtesten Gegenden am geringsten ist. Werden nicht die meisten Meineide geschworen in Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien, Bayern usw.? Mord und Totschlag, gefährliche Körperverletzung, Diebstahl usw., die schwersten Delikte, die das Strafrechtbuch kennt, sind etwa am häufigsten in Berlin, Hamburg, Sachsen, überhaupt dort, wo die Sozialdemokratie dominiert? Im Gegenteil, dort zeigt die Kriminalstatistik die niedrigsten Bissen. Es braucht einem Redakteur der „Christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung nicht bekannt zu sein, wie z. B. erst kürzlich vor dem Schwurgericht in Trier, gewiß ein sehr christlicher Gerichtsbezirk, amtlich darauf hingewiesen wurde, wie man in jener Gegend so ausnahmsweise häufig auf die Heiligkeit des Eides pfeift.

Was jetzt ist immer dort die höhere Kultur, wo die Sozialdemokratie dominiert, wie es auch anders gar nicht sein kann. Wie die Kultur der „Christlichen“ Tabakarbeiter-Zeitung mit ihrem „Genossenpiegel“ beschaffen ist, mag die oben abgedruckte Notiz zeigen.

Vor der dänischen Tabakindustrie im Jahre 1911 wird folgendes berichtet: Die Rohabakpreise haben sich auf dem hohen Niveau gehalten, für einzelne Sorten Tabak sind sie sogar noch gestiegen. Diese Zustände haben bei

Tabakindustrie mangelnde Schwankungen gebracht, die sich insbesondere darin ausdrücken, daß etwa 1/2 Duzend kleinerer Fabriken den Betrieb einstellen. Hervorgehoben zu werden verdient, daß die Zigarrenfabriken im allgemeinen besser als in den zwei vorhergehenden Jahren beschäftigt waren. Gleichsam ist auch die Zahlung seitens der Kundschaft etwas besser geworden. Allgemein herrscht zwar die Ansicht, daß das Jahr zwar einen geringen Fortschritt gezeigt hat, daß aber, wie von einzelnen Fabrikanten erklärt wird, dieser bald wieder drausgehen werde und man seine künftigen Dispositionen dementsprechend treffen müsse, zumal an ein Zurückgehen der Rohabakpreise vorläufig nicht zu denken sei. Folgende Uebersicht über die Entwicklung der Tabakindustrie in Dänemark dürfte auch die deutschen Tabakarbeiter interessieren:

	1897	1905	1907	1908	1909	1910	1911
Zigarren, Mill. Stk.	150	216	252	267	250	250	262
Zigarillos, „	10	21	32	37	39	43	50
Zigaretten, „	10	—	1	30	65	110	190
Rauchtabak, 1000 kg	2050	2185	2160	2240	1970	2040	2040
Rautabak „	950	—	845	844	830	830	820
„ i. Pat. „	450	1224	427	423	408	445	440
Schnupftabak „	30	66	50	50	—	—	—

Bei einer Umfrage haben 70 Zigarrenfabrikanten, deren Produktion 72 pZt. der Gesamtproduktion umfaßt, Klärung über ihren Geschäftsgang gegeben. Diejenigen Zigarrenarbeiter, die noch nebenbei für eigene Rechnung arbeiten, sind nicht mitgezählt, doch läßt sich die Produktion derselben auf 4 bis 5 Millionen Zigarren schätzen.

Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

Bernburg. Der Streik bei der Firma H. Koch & Co m. p. ist beendet. Die Firma bewilligte für Koller Zulagen für 19 Sorten 15 S, für 26 Sorten 20 S und für 7 Sorten 25 S pro Tausend. Die Wickelmacher erhalten für die Folge die Einlagen frei entrippt geliefert und erhöht sich dadurch der Lohn der Wickelmacherinnen — je nach der Größe der Zigarren — um 25 bis 60 S pro Tausend Stück Wickel.

Spence i. Westf. Die Bewegung bei der Firma Teichmann & Co m. p. (Betriebe Spence und Dettinghausen) ist beendet. Die Firma bewilligte noch 25 S auf 21 Sorten und 50 S auf eine Sorte. Außerdem soll im Januar nächsten Jahres eine weitere Lohnerhöhung eintreten.

Hamburg. Nunmehr bewilligte auch die Firma H. Pierard & Co m. p. Lohnzulagen. Letztere betrugen bei 3 Sorten 50 S, bei 7 Sorten 1 M und bei 3 Sorten 2 M pro Mille.

Cottbus (Provinz Brandenburg). Der Streik bei den Firmen C. A. Bemann, B. Segal, G. v. S. t. o. y dauert fort. Vor Zutug wird streng gewarnt.

Bünde-Emitloh. Der Streik bei der Firma Carl Wellensied & Co m. p. dauert fort. Vor Zutug wird gewarnt.

Salbe a. S. Der Streik bei der Firma G. Schulze dauert fort. Vor Zutug wird streng gewarnt.

Wintersdorf (S.-M.). Der Abwehrstreik bei der Firma W. Schlenzig dauert fort. Vor Zutug wird streng gewarnt.

Theodor Reimer †.

Einer der alten Garde ist nicht mehr. Am 19. November starb zu Hamburg plötzlich der Kollege Theodor Reimer. War er auch nicht der Mann großer Worte, so war er doch von absoluter Pflichttreue erfüllt und hat nicht nur viele Jahre in der Ortsverwaltung, sondern überall, wo Tabakinteressen zu vertreten waren, seine Schuldigkeit getan. Auch in der Partei war Theodor Reimer allezeit auf dem Posten, schon zur Zeit, als die Partei unter dem Schandgesetz den größten Verfolgungen ausgesetzt war. Auf dem Ohlsdorfer Friedhof, wo so viele brave Proletarier ruhen, trugen Freunde und Kollegen Theodor Reimer zu Grabe. Sein Andenken wollen wir in Ehren halten.

Hermann Förster †.

Kurz von Redaktionschluss trifft uns die traurige Kunde von dem am 25. d. M. erfolgten Tode unseres Kollegen Hermann Förster. Hermann Förster ist eigentlich noch keiner von den Alten — er ist 59 Jahre alt geworden — und dennoch knüpft sich an seine Person ein qui Stille Gewerkschafts- und Parteigeschichte. Geboren in dem brandenburgischen Orte Finna, kam er noch als Knabe nach Eupenmaße, um hier die Schule zu besuchen, aber auch, um das Glück seiner Jugend auf dem Altare des Kapitalismus zu opfern. Nachdem er Zigarrenarbeiter gelernt, trat Hermann Förster bald in die gewerkschaftliche Bewegung ein und wir finden ihn schon in jungen Jahren als Aktivist nicht nur für die Gewerkschaften, insbesondere für die Sache der Tabakarbeiter, sondern auch für die sozialdemokratische Partei auftreten. Erst sich zu den Vorkämpfern zählend, war er später in Hamburg ein einflussreiches Mitglied der geeinigten sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Hamburg ist dem auch Försters Heimat geworden. Schreiber dieses erinnert sich noch, als er zur Zeit des Sozialkämpfers, noch im jugendlichen Alter, zum erstenmal mit dem aktiven Genossen hinausziehen durfte, und wie in einem Gehörs wichtige Fragen dann besprochen wurden, da war es Hermann Förster, der mit beredeten Worten die Zuhörer fesselte und Herz und Geist zu Kampf und Arbeit für die Sache des Proletariats entflammte.

Damals, als das Sozialkämpfer auch unsere gewerkschaftliche Organisation vernichtet hatte, war es Hermann Förster, der in Hamburg mit anderen Kollegen die Kolonnen neu zu formieren suchte und kurze Zeit nach der Unterdrückung unseres alten Tabakarbeitervereins in die Gründung eines Fachvereins der Tabakarbeiter in Hamburg geschritten, an dessen Spitze Hermann Förster, Wilhelm Heine und Rudolf Vadelberg standen. Und nach Gründung unserer jetzigen Verbände ist Hermann Förster einer seiner eifrigsten Förderer gewesen, nie hat er, wenn er gerufen wurde, ver sagt. Zwar brachte ihn sein Mandat als Reichstagsabgeordneter für Kreis a. C. und die damit verbundenen Pflichten etwas abwärts vom Gewerkschaftsleben, aber wenn es seine Zeit und sein kleines Zigarrenfabrikationsgeschäft erlaubte, fand er zur Verfügung, insbesondere hat er nicht nur im Reichstage, sondern auch als Redner in Versammlungen für die Tabakarbeiter gewirkt, als es sich um neue Lohn- und Steuerfragen handelte.

Es ist selbstverständlich, daß das volkshafte Wirken Försters von nicht minderer Bedeutung ist. Die Hamburger Arbeiterschaft bestimmte ihn neben Bebel und Singer zum Stimmträger ihres bedeutendsten Drucker- und Verlagsgeschäfts.

Mit Hermann Förster ist nicht nur ein tüchtiger Kämpfer für die Sache des Proletariats, sondern auch ein treuer Mensch, ein besorgter Familienvater, für manche ein elterlicher Vater, dahingegangen. Sein Andenken wird fortleben bei allen, die ihn kannten.

Berichte.

Orjox. Sieg bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse. Am 24. November fanden hierorts die Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse statt. Zu wählen waren 52 Vertreter seitens der Arbeitnehmer und 26 Vertreter seitens der Arbeitgeber. Bereits vor zwei Jahren war es uns gelungen, 6 Vertreter ins Ortskrankentafelparlament zu entsenden. Durch eine kluge Wahltaktik war es uns auch gelungen, im vorigen Jahre bei der Ergänzungswahl zum Vorstände unserer Liste zum Siege zu verhelfen. Und jetzt sah man, wie die christlich-nationale Wählergemeinschaft m. S. P. — bestehend aus dem evangelischen Arbeiterverein, dem christlichen Verband und dem Bauernbund aus Stadt und Land — bestrebt waren, um die dreimal 111 und verhassten Roten aus dem Felde zu schlagen. Recht brüderlich hatten sie sich Lieb gewonnen, und nun mit einem Male wurde ein derber Keil zwischen diese Liebe getrieben, indem die bösen Roten mit dem Siege davonkamen. Wir erhielten nämlich 94 Stimmen und der gesamte christlich-nationale Wählerblock 83 Stimmen. Man sieht aus diesem Wahlergebnis die Macht der mit aller Macht vorwärtsdringenden modernen Arbeiterbewegung, zumal, wenn man in Betracht zieht, daß die ganze Aktion nur von freigeorganierten Tabakarbeitern allein zu führen hatten, dagegen der christliche Verband sich erst mit obengenannten Korporationen verbündet mußte. Und dann ein solch klägliches Resultat für diese Gewerkschaftshelden. Hoffentlich ist dieses Mißtrauen der großen Masse gegen diese Gesellschaft ein Ansporn dazu, daß auch sie einmal Menschen werden und als Menschen handeln und denken. Für uns freigeorganierte Arbeiter aber muß dieser glänzende Sieg den Weg bahnen zu weiteren Siegen und weiteren Kämpfen zum Besten der gesamten Arbeiterklasse. Wir haben gezeigt, daß wir verstehen, zu kämpfen, wir haben gezeigt, daß wir verstehen zu siegen, jetzt aber wollen wir zeigen, daß wir auch verstehen, praktische Arbeit zu leisten. E.

Breslau. Eine organisationsfeindliche Zigarrenfabrik. Ueber die Zigarrenfabrik von E. H. Rust in Breslau, Sternstraße 40, wird uns geschrieben:

Bekanntlich hatten bei dieser Firma die Tabakarbeiter im Frühjahr dieses Jahres wegen Erlangung besserer Materialien einen 14tägigen Streik geführt, an dem sich auch die Sortierer aus Solidarität beteiligten. Die Firma pachtete hierauf einen Filialbetrieb in Neumarkt und läßt jetzt den größten Teil der billigeren Zigarren dort anfertigen, weil sie bedeutend billiger hergestellt werden. Die dortigen Arbeiter waren zum größten Teil unorganisiert. Auch in Breslau hat die Firma wiederholt organisierte Kollegen entlassen, trotzdem die Vereinbarung getroffen war, daß Entlassungen oder Maßregelungen nach dem Streik zu unterbleiben haben. Die Ortsverwaltung wurde daraufhin wiederholt mündlich und schriftlich bei der Firma vorstellig, leider ohne Erfolg. Im Gegenteil erhielt die Ortsverwaltung folgenden bezeichnenden Brief von der Firma:

Breslau, den 3. August 1912.

An den Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Breslau.

Ihr w. Schreiben vom gestrigen Tage gelangte in meinen Besitz; ich wundere mich aber, daß Sie sich in dieser Angelegenheit an mich wenden; jagen Sie doch mal offen, wer ist denn eigentlich daran schuld? Erst verlassen Sie in den verschiedensten Zeitungen, auch in der Volkswacht, große Artikel und ersuchen die Genossen und Arbeiter, keine russischen Zigarren zu kaufen, und da nun viel weniger Aufträge bei mir eingelaufen sind, ist es Ihnen nicht recht, daß ich die Fabrikation einschränke und auch einige Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen habe, die letzteren können sich dafür nur bei Ihnen bedanken. Wird das Geschäft nicht besser, so muß ich den Betrieb noch mehr einschränken, denn bei dem geringen Verdienst bei der Zigarrenfabrikation habe ich nicht Lust, mir ein großes Lager hinzulegen, nur um meine Arbeiter zu beschäftigen.

Mit Ihren Gehartikeln haben Sie mir nur soviel geschadet, daß ich weniger Aufträge auf billige Zigarren erhalten habe, aber eigentlich bin ich Ihnen noch dankbar dafür, denn Sie wissen es ja doch selbst ganz genau, daß bei den jetzigen hohen Tabakpreisen, Löhnen und sonstigen Kosten bei der Fabrikation der 6-S-Zigarre für den Fabrikanten gar nichts übrig bleibt, für mich erst recht nicht, da Sie mich durch den letzten Streik genung haben, anstatt Pflüger jetzt Java-Umsatz zu arbeiten. Werden die Aufträge noch weniger, so muß ich noch mehr Arbeiter entlassen; meine Schuld ist es nicht. Eine persönliche Ausprache ist völlig zwecklos, ich habe Ihnen klaren Wein eingeschenkt, nicht ich, sondern Sie machen die Arbeiter brotlos; in meiner Fabrik herrschte stets das beste Einvernehmen; nur durch Ihre Geheereten haben Sie die jetzige Lage geschaffen. Hochachtungsvoll

E. Rust.

Die Ortsverwaltung hatte schon längst die Absicht, dieses Schreiben der Öffentlichkeit bekannt zu geben, hat aber bisher davon Abstand genommen, um die dort beschäftigten Kollegen nicht zu schädigen und zunächst das fernere Verhalten der Firma abzuwarten. Da die Firma Rust durch ihren Sortiermeister Ducht fortgesetzt Entlassungen von organisierten Sortierern, die zum Teil aber zwölf Jahre dort beschäftigt waren, vornehmen läßt, und dafür unorganisierte, zum Teil als Arbeitswillige bekannte, einstellt, so muß dieses organisationsfeindliche Verhalten der Firma öffentlich bekannt werden. Die Reisenden der Firma probieren ihren Kunden gegenüber mit der Erklärung, daß sie tariflos sei, die besten Löhne bezahlt und nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Firma hat auch die organisierten Arbeiter entlassen, die in der Filiale in Neumarkt beschäftigt waren. Zum Schreiben der Firma selbst wäre zu bemerken, die Ortsverwaltung hat sich in den veröffentlichten Zeitungsartikeln mit den Zuständen bei der Firma beschäftigt und daran die Bemerkung geknüpft, daß den organisierten Arbeitern die russischen Zigarren kaum mehr schmecken dürften. Eine Aufforderung, die Fabrikate der Firma nicht zu kaufen, war nicht ausgesprochen. Es kann möglich sein, daß dadurch weniger Aufträge eingegangen sind, aber im allgemeinen ist doch der schlechte Geschäftsgang in diesem Jahre schuld daran. Sämtliche hiesige Fabriken leiden doch darunter. Weiß das Herr Rust nicht? Wenn er seinen organisierten Arbeitern erzählen will, daß die Verbandsleitung schuld an den jetzigen Zuständen trage, so kann das nur begreifen, die Arbeiter dem Verbande abwendig zu machen. Was wäre dann die Folge davon? Wir sehen es ja bei den unorganisierten Sortierern, die schon jetzt einen niedrigen Lohn erhalten. Darum, Tabakarbeiter, seid auf der Hut, damit die Firma nicht auch euch die Löhne kürzt. Sollten noch weitere Entlassungen von organisierten Kollegen stattfinden, dann wäre die Verbandsleitung gezwungen, der Frage näher zu treten, ob nicht die Verhängung des Boykotts über die Firma Rust angebracht sei.

Basel (Schweiz). In Nr. 42 des Tabak-Arbeiter brachten wir eine Notiz, in welcher die Kollegen Deutschlands vor der Annahme von Arbeit bei der Firma Koch in Basel gewarnt werden, da der in Aussicht gestellte Lohn in Wirklichkeit nicht gezahlt werde. Herr Koch wünscht nun eine Berichtigung in der Angelegenheit. Selbstverständlich gewöhren wir sie ihm. Herr Koch teilt mit, daß er einen Zigarrenarbeiter bei einem Lohn von 10 bis 15 Francs durch eine Wickelmacherin bei einem Lohn von 5 bis 7 Francs durch unsere Zentralarbeitsmehrsucht (Das stimmt. Siehe Nr. 35 des Tabak-Arbeiter! Red.) darauf seien bei ihm auch zwei Zigarrenarbeiter aus Deutschland in Arbeit getreten. Der erste Beschäftigte sei übergegangen, ohne daß sich jemand über zu niedrig bezahlten Lohn beschwert habe; erst am dritten Montag habe ein Zigarrenarbeiter es ihm erklärt, er (S.) wolle nicht den ausbeutenden Lohn von 10 bis 15 Francs. Darauf habe S. aufgefordert, ihm das Schreiben, in dem er 15 bis 18 Francs versprochen habe, zu zeigen. Da der Zigarrenarbeiter 18 Francs erklärt habe, das Schreiben befände sich beim Arbeiterreferat, sei er zu demselben gegangen, um es bei dem Arbeiterreferat zu lassen, was ihm auch

verweigert wurde. Da die Arbeiter gollagt hatten, kam die Sache vor Gericht und da habe er, als ihm das Schreiben vorgelegt worden sei, erkannt, daß es nicht von ihm sei. Er (H.) behauptete, keinen Brief, sondern eine Karte geschrieben zu haben. Durch Abreise des Klägers sei es leider nicht zu einem Urteil gekommen. Soweit Petr Hoch.

Wir selbst bemerken zu dieser Sache, daß uns von einwandfreier Seite mitgeteilt worden ist, daß der Präsident des Gerichts festgestellt hat, daß der betreffende Brief allerdings von Hoch geschrieben worden ist, worauf dieser erklärt habe, daß es nicht wahr sei und eine gerichtliche Expertise verlangt habe. Es wäre zur Aufklärung der Sache besser gewesen, wenn es zu einer gerichtlichen Entscheidung gekommen wäre.

Rheinfelden (Schweiz). In einer am 9. November hier stattgefundenen Versammlung der Tabakarbeiter Rheinfeldens wurde über die Klage geführt über das schamlose Verhalten einer Anzahl Kollegen, die hier gearbeitet haben und abgereist sind, ohne ihre

Schulden, die sie im Volkshaus, dem Heim der hiesigen Arbeiter gemacht haben, zu bezahlen. Die Versammlung erhob einstimmig gegen solch nichtwürdiges Verhalten, das die Ehre der hiesigen organisierten Arbeiterschaft geschädigt hat, Protest. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, in Zukunft die Namen jener Kollegen, die abreisen, ohne im Volkshaus ihren etwaigen Verpflichtungen nachzukommen zu sein, im Proletariat und Tabak-Arbeiter zu veröffentlichen.

Anmerkung der Redaktion: Da uns die Namen der ausgerichteten Kollegen genannt worden sind, werden wir sie im Tabak-Arbeiter veröffentlichen, wenn eine Begleichung innerhalb einiger Wochen nicht erfolgen sollte, damit die übrige Kollegenchaft sie jederzeit an ihre Pflicht erinnern kann.

Stuttgart. Am 26. Oktober fand hier eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Einführung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 % pro Mitglied; 2. Kartellbericht und Wahl eines Kartellbelegierten; 3. Ergänzungswahl des Vor-

standes; 4. die Angelegenheit Brill in der Genossenschaft; 5. A. Schledens. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erklärt der 1. Bevollmächtigte die Notwendigkeit der Einführung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 % pro Mitglied und Woche. Nach einer lebhaften Debatte wird ein Antrag des Kollegen B e d e r: Abschaffung des Lokalbeitrages von monatlich 10 % und Einführung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 % mit allen gegen eine Stimme angenommen. Zu Punkt 2, Kartellbericht, teilt Kollege B i l d e m a n n mit, daß mit großer Mehrheit beschlossen wurde, zum Vorstand des Gewerkschaftshauses 2. A. von jedem Mitgliede zu erheben. Weiter berichtet Kollege B i l d e m a n n über einige dringliche Bewegungen, die mit solchem Erfolge zu Ende geführt wurden. Der Vorsitzende erucht hierauf die Mitglieder, den Beschluß des Kartells zu berücksichtigen. Als Kartellbelegierter wird Kollege B e d e r gewählt. Bei der Ergänzungswahl zum Vorstand wurde Kollege R o p p l i n als Kandidat gewählt. Dann wurde noch die Angelegenheit Brill kontra Genossenschaft besprochen.

Um Platz zu schaffen

wollen wir die vorhandenen Restbestände in versteuerten Tabaken und Formen aus den Konkursmassen von Hils & Oberländer, Breslau :-: Franz Spielhagen, Brandenburg a. H. sowie aus der Liquidation von A. Collenbusch, Dresden, schnellstens zu sehr billigen Preisen verkaufen.

Unser Lager besteht zurzeit aus
ca. 25000 gebrauchten Formen, nur moderne Fassons
Formenpressen Bündelböcken Arbeitstischen

Wir bitten um Lagerbesuch eventuell um Einforderung von Modellbogen und Utensilien-Verzeichnis.

L. Cohn & Co., Berlin N

Deutschlands grösstes Wickelformenlager Brunnenstrasse 24

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl, mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Sängen à 250 bis 500 A, hell ff. 600 A.
 Vorstanlanden-Decke, dunkel, beste Mexiko-Gras, à 280 A, helle Scheide à 300-400 A.
 Java-Einlagen à 110-125 A
 Java-Anarbeiter à 130-145 A
 Java-Umblatt à 150-190 A
 Mexiko-Decke ff. 450 A
 Brasil à 150-190, Decke à 350 A
 Havana à 250 A, Cuba à 200 A
 Domingo à 120-170 A
 Carmen à 120-165 A
 Uckermarker Ia. à 105 A
 Blattware, à 105 A m. Deckblatt-Rampungen à 125 A
 Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene, Schiffs-Abdrücke gratis und franco.

12000 verschiedene, oben u. unten hochdrucktaugl. Holzfuß- u. Holzdrucktaugl. in sehr starker Ausführung, Leichte Träger, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482

— anerkannt rechte, billige —
 Bezugsquelle sämtlicher Tabake empfiehlt
 Sumatra-Decker (Königsweiser Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 280, 290, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 A
 Sumatra-Umblatt (S-Blatt) 140, 150, 160, 170 A, Stabblatt 130, 140, 150 A
 Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 A, (mittel) 200, 220, 240, 250 A
 Java-Umblatt (leicht, hellbraun) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 A
 Vorstanland-Decker 180, 200, 220, 240, 260, 270, 300, 320, 350 A
 Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 A
 Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 A
 Gochow-Einlage 110 A
 Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, altertägiges Umblatt 140 A
 Domingo (hell) 100, 105, 110, 120, 130 A
 Leucht (Glas) 95, 100 A
 Original-Verpackung 105, 110, 120 A
 Havana 150, 200, 250, 300, 400 A
 Decker 650 A
 Java-Gabe (neu) 180, 200, 250 A

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
 Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof
 Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.
 Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen.
 Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zillkredit.
 Spezialität in Sumatra- u. Vorstanlanden-Decktabaken. Nur tadellos weils brennende Tabake von I Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.
 Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havana usw.
 Verlangen Sie Preisliste und Muster.
 Probe-Postkoll aller Sorten auf Wunsch.
 Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis für
 Deckblatt-Tabake: III. Sortierung per Pfund 3.00 Mk. verz. II. Sortierung per Pfund 2.50 Mk. verz. I. Sortierung per Pfund 2.00 Mk. verz.
 von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt
 Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt.
 Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Kaufnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Beherrenkauf. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung.

gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund 25 A, bei Abnahme von 100 Pfund 20. — M. Franko Zufassung. Hoheste Mischung zu 5 A-Zigarren. III. Preisliste gratis und franco. Versand nur unter Kaufnahme. [13]

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Firstenwallstr. 9.

Bestes Rohtabak-Verkaufsgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 35 Fernsprecher 3946
 empfiehlt in bester Preiswürdigkeit:
 Sumatra-Decker, Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 450, 500 A
 Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 160 A
 Java-Decker, dunkel 220 A, hell 200, 220, 240 A
 Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 A
 Java-Einlage 95 A mit Umbl. 110, 120, 130 A
 Vorstanland-Decker 260, 275, 280, 290 A
 Brasil-Decker 175, 200, 210 A
 Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken 125, 130, 140, 150, 160 A
 Mexiko-Decker (Königs) 300, 350, 400 A
 Havana 200, 250, 300, 400 A
 Decker 700 A
 Java-Gabe 200, 220 A, feine Qualität
 Seidensch-Umbl. 120, 130, 140, 150 A
 Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 A
 Domingo-Umbl. 110, 120, 130 A
 Domingo-Einlage und Umblatt 100 A
 Rio-Grande-Decker 120, 130 A
 Einlage 110 A
 Leucht, nur überlegene Original-Tabak, weiß Vollblatt, 100 A
 Beste Sorte leicht und sehr haltig 110 A
 Original-Verpackung in allen Fassons von 50—150 A
 Neue, verbesserte Form-Abdrücke sowie gratis und franco.
 Best. Mischung zu 10 bis 12 Zigarren, pro Stab 750 A. Gummil-Verpackung, altertägiges Umbl., beste Mischung, pro Stab 250 A. Gummil-Verpackung, pro Stab 250 A. Gummil-Verpackung, pro Stab 250 A.
 Best. Mischung zu 10 bis 12 Zigarren, pro Stab 750 A. Gummil-Verpackung, altertägiges Umbl., beste Mischung, pro Stab 250 A. Gummil-Verpackung, pro Stab 250 A.

Gaulleiter-Gesuche.

Für die Gaue Nordhausen (St. Nordhausen), Cöln (St. Cöln), Berlin (St. Berlin) sollen zum 1. Januar 1913 fest bestellte Gaulleiter angestellt werden. Bewerber, die organisiert und der Tabakbranche angehören müssen, wollen ihre Bewerbung (unter Angabe für welchen Gau diese erfolgt) versehen mit einem Aufsatze über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und den Aufgaben eines Gaulleiters bis zum 16. Dezember 1912 an C. Deichmann, Bremen, Faulenfr. 58/60, einreichen.
 Die Anstellungsbedingungen regeln sich nach den Beschlüssen der Braunschweiger Generalversammlung.
 Bremen. Der Vorstand. J. A. C. Deichmann.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.

Neu eingetroffen! Sumatra Nr. 7252
 1. Länge Vollblatt, reine helle Farben, riesig bedend, ff. Brand, per Pfund 3.25 Mark verzollt

Java Nr. 7259
 Qualitätsanarbeiter, 2. Länge, flott im Brand, per Pfund 1.30 M. verzollt

Verlangen Sie meine neueste Rohtabak-Preisliste!
 Ferner empfehle

Utensilien zur Zigarren-Fabrikation

insbesondere: Meine bekannte besteingeführte Wickelmaschine, pro Stab M. 18, Formenpressen, Ia Material, von M. 7.75 an, Zigarrenbau, Rolle à 50 m von 45 A an, echt engl. Amias sec. pro Pfund M. 1.75, Tragant von M. 1.50 pro Pfund an, Tabak-anfänger (Verfäuder) in unerreicht schöner Verfassung von 75 A an, prima Einlage-Papier, blau, pro Pfund 17 A.
 III. Kataloge gratis und franco.
 Musterkammer und Verkaufslager für Hamburg und Umg.:
 S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 220 A
 Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge Vollblatt, hell bis fahl, 260 A
 Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und festig, 300 A
 Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitäts-tabak, 320 A
 Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitäts-tabak, 350 A
 Java-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfahl, 200 A
 Vorstanland-Decker Nr. 513, 1. Lg. Vollblatt, hellbraun, 260 A
 Vorstanland-Decker Nr. 512, 2. Lg. Vollblatt, hell, 330 A
 Brasil-Decker, tiefschwarz, sehr günstig bedend, 240, 270 A
 Mexiko-Decker, dunkler Qualitäts-tabak, 3 Bfd. bedend, 400 A
 Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140, 150, 160, 170 A
 Domingo - Umblatt, großblättrig, trocken, 120, 135 A
 Carmen - Umblatt, zart, gut schmeckend, 120, 130, 140 A
 Seidensch, feine Qualität, 145 A
 Java-Einlage 105, 110, 115 A
 Carmen - Einlage 105, 110 A
 Brasil - Einlage 135, 145, 150, 160, 170 A
 Tragant, allerbeste Ware, viel Umblatt, 100 A.

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1. 9. [10]

Alle Sorten im- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Ueberreinkauf bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Carl Roland, Berlin SO. 26

Rothbuserstrasse 4. [5]

Sumatra-Tabake M. 1.60, 2.50, 3.20, 3.50, 3.80, 4.00, 5.50. Vorstanland-Decker M. 2.70, 3.10, 3.60. Java-Einlage M. 1.20, 1.30, 1.40. Java-Umblatt M. 1.75, 1.85. Brasil M. 1.30, 1.50, 1.85. Alle anderen Tabake billigst, reellste Bedienung.

Tabak-Handlung
 Hengloss & Maak
 Altona-Ottensen
 Filiale Berlin N.,
 Ziemssenstrasse 25. [25]

Drucksachen
 aller Art
 Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. E. Schmalfeldt & Co.
 [25]

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 42.

Grus 30, 60, 90, 100, Rip, 28, b. 40 Pfd. 2 1/2, ab, Mast, je 2 Pfd. 5 M. frk., hell Dell, Voll, 2 1/2-3 1/2, dopp. Umbl.-145/175, amk. Einlg., entprt. 125/135. Kemmler, Blatt Breslau 6.
 In fernem Kollegen Carl Brünning nebst Frau zu ihrer am 27. Nov. stattgefundenen silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche.
 Die Mitglieder der Sachstett. Gesell. a. G.
 Briefkasten.
 Geeler 70 A.

angewandten schen, in sehr nach der Veröffentlichung der Gewerkschafts-Enzyklika wieder der väterliche Freund der „Berliner“. Seine Fürsorge geht sogar so weit, daß er Berlin vor dem kaiserlichen Einfluß gewaltsam zu bewahren trachtet. In der „B.“ lesen wir:

„Der Volksverein für das katholische Deutschland hat für gestern Abend eine Versammlung nach dem katholischen Vereinshaus in der Niedervallstraße einberufen, in der als Abgesandter der München-Gladbacher Zentrale der Leiter des Sekretariats sozialer Studentenarbeit, Dr. Sonnenschein, über die soziale Studentenbewegung sprechen sollte. In der „Germania“ war darauf hingewiesen worden, daß auch die Gewerkschaftler eingeladen würden. Als nun der Vortrag eben beginnen sollte, erschien der Sekretär des fürstbischöflichen Delegaten und überbrachte ein Telegramm des Fürstbischöflichen Kopp folgenden Wortlauts: „Dessentliche Rede Sonnenscheins verbiethen.“

Das Mittel des „Maulkorbes“ ist allerdings keine sichere, aber doch recht bequeme Kampfmethode. Daß sie der Kardinal Kopp gegen Dr. Sonnenschein zuerst anwendet, macht sie nicht weniger brutal. Ob die Kölner die Mundtotmachung ihrer Redner ruhig hinnehmen werden? Der Nutzen der päpstlichen Enzyklika. Aus Me n d e n (Westfalen) wird gemeldet:

„Hier sind seit Wochen die christlich organisierten Metallarbeiter ausgeperrt. Ein katholischer Metallindustrieller ließ nun die päpstliche Enzyklika öffentlich anschlagen und forderte unter Hinweis darauf seine Arbeiter zur bedingungslosen Aufnahme der Arbeit auf.“

Wir finden ganz begreiflich, daß katholische Unternehmer sich die schöne neueste Enzyklika des seltsamen „Arbeiterpapstes“ Pius X. zunutze machen. Warum auch nicht, wenn die christlichen Gewerkschaftsführer in Besorgnis um ihre Stellung sich willig unter das aufgelegte Joch beugen.

Große Ebbe in den evangelischen Arbeitervereinsklassen. Wie bürgerliche Blätter zu melden wissen, ist sämtlichen Arbeitersekretären der evangelischen Arbeitervereine im Königreich Sachsen bis auf einen gekündigt worden, da es zu ihrer Unterhaltung an Geldmitteln fehle. Man hofft jedoch, bis zum Ablauf der Kündigung durch erhöhte Mitgliederbeiträge die erforderlichen Mittel zusammenzubringen.

Die Gelben als Schlinglinge des Hansabundes. Den Abschluß einer Reihe von Veranstaltungen des Hansabundes während der verfloffenen Woche in Berlin bildete eine Veranstaltung im Admirals-Palast, die „Hansa-Tag“ getauft worden ist. Auch diesmal hatten die Hansaherren wieder gewisse Kreise der Angestellten mobilisiert, ohne deren Heranziehung die Räume bedrückende Väter aufzuweisen gehabt hätten. Mit einer Rede, die durch häufige Wiederholungen an Ueberzeugungskraft nicht gewonnen hat, eröffnete Dr. Nieber, der Präsident des Bundes, die Versammlung. Entschieden gegen rechts, energisch gegen links, soll der Hansabund marschieren — vorläufig schwankt er auf unsicheren Füßen nach schwankenden Zielen.

Bemerkenswerter war ein Vortrag von Professor Hans Delbrück über Sozialpolitik und Unternehmertum. Nach einigen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie und der Forderung, daß mit der Sozialpolitik für die Arbeiterklasse, abgesehen von einigen kleinen Abänderungsgeboten, Halt gemacht werden müsse, sang er in warmen Tönen das Lob der gelben Arbeiter, die Arbeitslosigkeit komme wohl noch vor, sei aber außerst selten; gegen Krankheit, Unfall usw. sind die Arbeiter geschützt. Die gelben Vereine hätten die Einheit der Arbeiter- und der Unternehmerinteressen begriffen, sie müßten dem Hansabund um so mehr sympathisch sein, da ihr Programm auch das des Bundes wäre. Weniger beifällig als die Hansaherren waren die Staffage bildenden Angehörten bei dieser Rede, nicht wenige von ihnen dürfte das Gefühl der Scham beschließen haben. Auch die Hansaherren hielten einmal mit ihrer Zustimmung zurück, und zwar, als Professor Delbrück unter Erwähnung seiner bekannten Artikel über unzulängliche Steuerdeklarationen der Großgrundbesitzer hat, Kenntnis davon zu nehmen, daß Steuerdefraudationen nach seiner Meinung keineswegs nur in landwirtschaftlichen Kreisen, sondern überall zu Hause wären.

Nach stärkerem politischen Einfluß des Bürgerturns rief Dr. Stresemann in einer Rede über Industrie- und Handelspolitik.

Offensichtlich verursachte es Herrn Dr. Friedrich Naumann kein Bein, sich jetzt dem Reigen der Hansabändler anzuschließen. Die Sehnsucht des Herrn Stresemann, meinte er, sei durch Worte nicht zu stillen, alles, was den Fortschritt will, muß zusammenstehen gegen Rittergut und Kloster. Dieser Kampflasse sich mit den gelben Organisationen, denen er weniger freundlich gegenüberstehe als Professor Delbrück, nicht schließen zu lassen. Zu dieser Abgabe an die Gelben wird sich Herr Dr. Naumann besonders gedrängt gefühlt haben, da der Bundespräsident Nieber vorher ausdrücklich konstatiert hatte, die Rede Delbrücks habe Beifall gefunden und verdient.

Auch der Beifall, mit dem die Naumannschen Ausführungen gegen agrarische Annäherung und Reaktion begleitet wurden, täuschen nicht darüber hinweg, daß das Ergebnis dieses zweiten Hansatages die Verkündigung einer geistigen Gemeinschaft des Hansabundes mit den Gelben ist. Zur Klärung wird das immerhin beitragen.

Berichte.

Strasbourg i. E. Der Streik in der Elsäzischen Tabakmanufaktur ist, wie schon kurz berichtet, beendet. Der Firma ist es gelungen, eine große Zahl von Arbeitswilligen zu bekommen, die sich ohne Ausnahme aus Strasbourg rekrutierten. Man sollte es nicht

irrt man sich, daß sich in einem Arbeiterlokal wie Meudon eine so große Zahl Arbeitswilliger finden konnte, die ihren lämpfenden Kolleginnen in den Rücken stelen, um einem Unternehmen, das im Geschäftsjahr 1911 einen Reingewinn von über einer halben Million erzielte, noch zu größerem Gewinne zu verhelfen. Die Arbeit sollte nun am 11. November von den Streikenden aufgenommen werden. Der Direktor erklärte, daß, solange er im Betriebe sei, keiner der Streikenden mehr eingestellt werde. 80 Kolleginnen sind infolgedessen ausgeperrt, die noch nicht untergebracht werden konnten. Das Gewerkschaftskartell Straburg hat in einer Sitzung vom 20. November beschlossen, daß der Boykott über die Fabrikate der Elsäz. Tabakmanufaktur nach wie vor fort dauere. Die Firma verachtet gegenwärtig an ihre Kundenschaft in ganz Deutschland ein Rundschreiben, in welchem sie den Abnehmern plausibel zu machen sucht, daß Streik und Boykott unberechtigt gewesen seien, und beruft sie sich auf die Arbeitswilligen, die zu den alten Löhnen weiterarbeiteten, daher seien auch die von ihr bezahlten Löhne vollkommen ausreichend. Zu allem Ueberflusse ließ sich die Firma von der Handelskammer eine Bescheinigung ausstellen. (Der Wortlaut dieser Bescheinigung findet sich an anderer Stelle dieses Blattes.) In diesem Flugblatt wird der Gausleitung und dem Gewerkschaftskartell vorgeworfen, sie hätten die Tatsachen in ein falsches Licht gerückt und durch den Boykott die Firma geschädigt, auch habe sich Streik- und Boykottleitung vom Standpunkt der Gewerkschaften aus eines unerlaubt leichtfertigen Vorgehens schuldig gemacht, weil der Durchschnittslohn von Männern, Frauen und Jugendlichen zusammen berechnet worden ist. Hierzu sei bemerkt, daß die von uns veröffentlichten Löhne von der Firma selbst stammen, und zwar aus ihren eigenen Lohnlisten, die uns vom Bürgermeisteramt zwecks Vergleichung zur Verfügung gestellt wurden; das ist doch gewiß unerschütterliches Material, verehrte Direktional Weiter sagt das Flugblatt, daß das Bürgermeisteramt das von uns beigebrachte Vergleichsmaterial nicht für vergleichbar hielt. Was wir ahnten, hat die Firma nun selbst bestätigt. Das Vergleichsmaterial stammte vorwiegend von süddeutschen Firmen, zum Teil sogar von solchen, die die gleichen Arbeitsmethoden haben wie die Elsäz. Tabakmanufaktur, aber bedeutend höhere Löhne zahlen. Daß diese Firmen hinsichtlich der gezahlten Löhne nicht zu den ersäzlichen passen, glauben wir recht gern. Den Vorwurf des Terrorismus weist das Gewerkschaftskartell und die Gausleitung ganz entschieden zurück. Es ist nur unser geistlich gewährleistetes Recht ausgeübt worden. Daß die Firma ein Feind des Konstitutionsrechtes der Arbeiter ist, hat sie ja mehrmals im Verein mit der Polizei bewiesen, indem Streikleitung und Streikposten mit Verhaftung gedroht wurden, wenn sie sich nicht entfernten. Auf welcher Seite Terrorismus geübt wird, beweisen die schwarzen Listen, die an die übrigen Unternehmer Straburgs verhandelt werden, so daß die Ausgesperrten in keinem anderen Verzuge unterkommen. Das ist Terrorismus im wahren Sinne des Wortes. Dazu, daß in dem Betriebe Arbeiterinnen sind, die für ihre 25jährige Tätigkeit dekoriert worden sind, braucht kein Wort verloren zu werden. Man darf nur die Dekorierten betrachten, wenn diese von oder nach der Fabrik gehen: von weitem sieht man diesen Armen schon die Not an. Wenn sich die Firma jetzt freut, daß die Organisation aus dem Betriebe entfernt ist, wird doch noch eine Zeit kommen, wo man sich trotzallem mit der Organisation abfinden muß. In der nötigen Auffklärung der verbleibenden Arbeiter wird es nicht fehlen; auch diese werden noch einsehen, wie unvernünftig sie gegen ihre Kolleginnen gehandelt haben. Da der verhängte Boykott mit dem Streik zusammen nicht aufgehoben wurde, ist die Diktation um eine Hoffnung armer geworden. An die organisierte Kollegenschaft richten wir den Appell, überall für den Boykott der Waren der Elsäzischen Tabakmanufaktur Propaganda zu machen. Die Herzen sollen nicht glauben, daß sie mit uns machen können, was sie wollen.

Diegenig. Am 21. November fand unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wahl eines 1. Bevollmächtigten; 2. Verschiedenes. Leider war es bei 26 anwesenden Mitgliedern nicht möglich, einen 1. Bevollmächtigten zu wählen. Da es zu keiner Wahl kam, so empfahl Kollege Berner, den Gauleiter Clement oder den Zentralvorstand davon in Kenntnis zu setzen, um uns eine volle Verwaltung herbeizuschaffen. Für die Jugendorganisation wurden 6. N. aus der Lokalbewegung bewilligt. Es war dieses notwendig, da sich die Jugendorganisation ein anderes Lokal mieten muß, weil die hiesige Polizeibehörde sie im Gewerkschaftshaus nicht mehr duldet. Im Verchiedenen wurde noch gestadelt, daß nicht einmal jene Kollegen, welche ein Amt besitzen, sich in der Versammlung sehen lassen.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6048.

Büreauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einkreib- und Berichtigungen nur an W. Niederwiesand, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großhändler-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. D. in Hamburg. Postcheckkonto Nr. 5340 beim Postcheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Kieudorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

An die Bevollmächtigten!

Wie uns bekannt geworden ist, gibt es immer noch eine Anzahl Zahlstellen, die beim Eintritt neuer Mitglieder in den Verband die Bekanntmachung des Vorstandes bezügl. Zuweisung der Beitragsklassen an Eintretende entsprechend des durchschnittlichen Wochenverdienstes unbeachtet lassen. Wie wiederholen diese daher. Sie lautet:

„Neuereitretende Mitglieder mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst bis 12 M sind der 1. Beitragsklasse, mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 12 bis 18 M sind der 2. Beitragsklasse, mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 18 bis 24 M sind der 3. Beitragsklasse und mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 24 M sind der 4. bis 6. Beitragsklasse zuzuwenden.“

Zu übrigen ist allen dem Verbands angehörenden Mitgliedern dringend zu raten, ihre Mitgliedschaft im Verbands auch vorstehenden Berichtigungsstellen einzurichten. Diese Reorganisation ist Angehörigen der geschlossenen Klassen der Unterhaltungsplätze bei Streiks, Ausperrungen und Maßnahmen, Arbeitslosigkeit und Krankheit dringend erforderlich. Mit Bestimmtheit kann heute schon gesagt werden, daß der kommende Verbandstag sich mit dieser Anregung befassen und nicht anders handeln kann, als in diesem Sinne seine Beschlüsse zu fassen.

Allen Bevollmächtigten wird es zur Pflicht gemacht, nach vorstehender Bekanntmachung zu handeln.

Bremen. Der Verbandsvorstand. J. A. C. Deichmann.

Bekanntmachungen.

Die Krankheitsunterstützung betreffend hat der Vorstand beschlossen, daß bei solchen Mitgliedern, die arbeitslos sind und sich während der Arbeitslosigkeit krank melden, die Krankentaxe für Auszahlung des Krankengeldes nur dann in Wegfall kommt, wenn die Arbeitslosigkeit vor der Krankheit mindestens eine Woche gedauert hat. Also Mitglieder, die weniger wie eine Woche arbeitslos waren und sich krank melden, erhalten für die ersten drei Tage kein Krankengeld.

Zur Beachtung!

Bei der Arbeitslosenunterstützung kommen immer noch viele Irrtümer vor. Viele Bevollmächtigte scheinen noch der Ansicht zu

sein, die Arbeitslosenunterstützung für die Sonntage berechnen zu müssen. Das ist falsch; Arbeitslosenunterstützung darf nur für die Wochentage berechnet und ausbezahlt werden. Sonntage sind ausdrücklich davon ausgeschlossen.

An auf Wandererschaft befindliche und nur mit Wanderkarte versehene Mitglieder darf höchstens nur für drei Tage Unterstützung auf einmal ausbezahlt werden.

Vom 19. bis 25. November 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, G. = Einzelbeiträge, F. = Freiwillige Beiträge, A. = Annancen, L. = Lotterien):

- 16. November: Bloth B. 75,—, Laubach B. 35,—, Unterrieden B. 50,—, Trebbin B. 200,—, Südspenge B. 50,—, Greiz B. 30,—, Habersleben B. 140,—, Schnellmannshausen B. 100,—, Zuthorn B. 20,—, 17. November: Hentdt B. 30,—, Hohenheim B. 400,—, Seelen B. 100,—, Bries B. 100,—, E. 31.50, 18. November: Lauenburg B. 70,—, Kettwig B. 80,—, Spremberg B. 200,—, Neuenkirchen B. 50,—, Nischlengern B. 150,—, 19. November: Heidelberg B. 4,—, Belgia B. 19.38, Waldheim B. 200,—, Waldorf B. 135,—, St. Duerenheim B. 50,—, Schömar B. 80,—, Lenginghausen B. 60,—, A. 3,—, 20. November: Pflungstadt B. 187.05, 21. November: Halberstadt B. 200,—, L. 5,—, Bremerhaven B. 88,—, Nordhausen B. 1000,—, Kötz B. 200,—, Helbenheim B. 80,—, 22. November: Finsterwalde B. 400,—, Emmerich B. 68.61, Hamburg F. 50,—, d. E. Poppe, von den Tabakarbeiter- und Tabakarbeiterinnen der G. E. Frankenberg B. 600,—, Dahme B. 500,—, 23. November: Bremen B. 400,—, Hamburg B. 200,—

Bremen, den 25. November 1912.
W. Niederwiesand, Kassierer.

Arbeitslosenstatistikkarten.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten aller unserer Zahlstellen, die mit der „Tabak-Arbeiter“-Sendung in Ihren Besitz gelangte graue Statistikkarte („Kaiserl. Statistisches Amt“) gewissenhaft zu beantworten und sie dem Vorstande in Bremen bis spätestens 5. Dezember einzusenden zu wollen.

Als Stich- und Zähltag ist Sonnabend, 30. November d. J., zu nehmen.

Mitglieder, welche krank, gemahregelt oder ausgesperrt sind, und freitende Mitglieder dürfen als arbeitslose Mitglieder nicht mitgezählt werden.

Wir erwarten nun bestimmt, daß die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes ihre Pflicht erfüllen, und die grauen Statistikkarten nicht allein gewissenhaft beantworten, sondern auch rechtzeitig einsenden werden.

Zahlstellen, die aus Versehen keine Karte erhalten haben, müssen dem Bureau sofort Nachricht geben.

Zahlstellen, die keine Karten einsenden, werden veröffentlicht.

Bremen. Der Vorstand.

Abrechnungen vom 3. Quartal gingen beim Vorstande ein in der Zeit vom 19. bis 25. November.

- Gau Hamburg: Daffon, Bremerhaven.
- Gau Herford: Bestliver, Fr. Oldendorf, Schwenningdorf.
- Gau Köln: Crefeld.
- Gau Erfurt: Wihla.
- Gau Berlin: Belgig, Landsberg.

Vom Vorstande sind ernannt:

- Münchehof: Aug. Barth 2. Bev.
- Mülfeld (Oberhessen): Wihl, Paul 1., Ernst Joh. Schopbach 2., Ludwig von Koth 3. Bev.
- Eisenberg: Emil Heise 1., Otto Degener 2., Max Meier 3. Bev., Herm. Patendorf, Paul Heinicke Kontrolleure.

Adressenänderungen.

- Münchehof: Der 2. Bev. ist Aug. Barth.
- Mülfeld (Oberhessen): Der 1. Bev. Wihl, Paul wohnt Hertsfelderstraße 60, der 2. Bev. Ernst Joh. Schopbach wohnt Hertsfelderstraße.
- Eisenberg: Alle Zuschriften sind zu richten an Emil Heise, 1. Bev., Hartmannsdorf bei Grollen, Rest. Wilhelm.
- Erfurt: Alle Zuschriften sind an Dietr. Wienands, Westwall, zu richten.

Unterstützungen werden ausbezahlt:

- A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.
- Origo: A.-U. zahlt aus: Dietr. Wienands, Westwall.
- Leipzig: A.-U. an reisende Mitglieder bei Karl Busch, Leipzig-Plagwitz, Weikensfelderstr. 36 IV. Die Bevollmächtigten der umliegenden Zahlstellen werden gebeten, die wandernden Mitglieder hierauf aufmerksam zu machen.

Arbeitsnachweis.

Etting: Ein junger Kautabakspinner sofort gesucht. Meldungen an Rob. Henschel, Gauleiter, Etting. Erste Niederstr. 13.

Schwet a. d. O. Mitglieder, die beabsichtigen, hier in Arbeit zu treten oder ihr Arbeitsverhältnis zu ändern, werden ersucht, sich vor Annahme der Arbeit an den 1. Bevollmächtigten Rob. Zerm, Gartenstr. 14, zu wenden.

Mitglieder-Versammlungen.

- Der Wille vorwärts zu kommen, ist der halbe Sieg!
- Freitag, den 29. November: Schwenningdorf: Ab. 8. b. Henschel, L.-D.: Des Hausarbeitsgesetz, Referent: Gauleiter Bahl.
- Sonntag, den 1. Dezember: Schwet: Nachm. 5½, Dbeum. L.-D.: Wie die Firma Wolf & Co. die bei Beendigung der Aussperrung zwischen der Reuermmission und dem W. C. B. getroffenen Vereinbarungen hält; Referent: Gauleiter Schäfer.
- Montag, den 2. Dezember: Mülfeld: Ab. 8½, Gewerkschaftshaus.
- Sonabend, den 7. Dezember: Mülfeld (Hr.): Ab. 8½, Kaiser Wilhelm. Wichtige Tagesordnung.
- Sonntag, den 8. Dezember: Mülfeld: Nachm. 3, b. Dammann. L.-D.: Hausarbeitsgesetz, Referent: Gauleiter Schäfer; Unsere Larise; Verschiedenes.

Gestorben:

- Am 11. November zu Delitzsch Gottfried Bernhardt aus Delitzsch, 64 Jahre alt.
 - Am 17. November zu Altenburg Franz Ruff aus Altenburg, 86 Jahre alt.
 - Am 19. November zu Hamburg: Altona Theodor Reimer, 68 Jahre alt.
 - Am 20. November zu Hamburg: Altona Josephine Gumbert aus Stockholm, 60 Jahre alt.
 - Am 21. November zu Hamburg: Altona Heinrich Labendorf aus Waren, 66 Jahre alt.
- Obes. ihrem Andenken!

Zigarren-Fabrikanten

H

die leistungsfähig sein wollen,
kaufen ihren Bedarf an Roh-
Tabaken und allen Utensilien

———— nur bei ————

F

Heinrich Franck

Berlin N. 54, Brunnenstrasse 22

Besondere Vorteile

die von Heinrich Franck geboten werden:

Nur feinste Qualitätstabake zu billigen Preisen, infolge des direkten Einkaufs geschlossener Partien direkt in den Einschreibungen!

H

Stets ausserordentlich grosse Auswahl, besonders auch in hochfeinen modernen Sandblattdecken, die sämtlich am Markt bei den Einschreibungen eingekauft sind. — Selbst in den billigen Preislagen immer Tabake mit modernen Farben und weissem Brand! — Sorgfältigste Ausführung auch des kleinsten Auftrages! — Bereitwilligster Umtausch jeder nicht gefallenden Ware! — Regelmässiger Katalogversand mit immer neuesten Offerten und den Marktverhältnissen entsprechenden Preisen!

F

Franko Bahnversand — Umsatzprovision — Rabatte für größere Bezüge laut Katalog!

== Achten Sie auf meine Firma, da meine ==
Inserate und Kataloge nachgeahmt werden!